

In dieser Ausgabe der AGRAR-HINWEISE u.a. :

- NRW-Agrarministerin Schulze Föcking zum Bauernhöfe-Sterben
- Straathof-Berufsverbot auch in den Niederlanden?
- Eine Milchbauern-Familie nach dem „Ausstieg“
- Milch:Erzeugerpreis, Milchpreisvergleich, DMK-Misere+DMK-Raiffeisen-Belohnung
- Fipronilin Eiern
- „Öko-Eier-Lüge“
- Cochstedter Bürger gegen Schweine-Agrarfabrik
- Pfanni-Werk dichtgemacht?
- Isoglucose statt Zucker?!
- AbL fordert Infos über Neonic-Studie
- **Endlich mal ein sachgerechter Beitrag zur „Feldrand-Hygiene“**
- Ackerfuchsschwanz – Gegenstrategien in England
- Velcourt Ltd. und andere Global-Ackerbaukonzerne
- Eine afrikanischen Bäuerin in Sambia
- Stimmen zu Lage und Landwirtschaft in Venezuela
- Veränderungen in den ostdeutschen Bauernbünden
- Mähdrescher-Begleitfahrzeug-Pflicht und Freiwillige
- Öko-Ackerbau

Mit freundlichen Grüßen

Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft (AbL)

Landesverband Niedersachsen/Bremen e.V. – Pressesprecher:

Eckehard Niemann, Varendorfer Str. 24, 29553 Bienenbüttel

0151-11201634 – eckehard.niemann@freenet.de

Newsletter „Agrar-Hinweise“ – 1.8.2017

vorherige Ausgaben auf der Internetseite <http://www.abl-niedersachsen.de/>

„das Auf und Ab des Marktes...“

Aus einem Interview des Westfälisch-Lippischen Wochenblatts mit der neuen NRW-Agrarministerin Schulze Föcking:

(...) **Wochenblatt: Allein in der Zeitspanne 2010 bis 2016 haben 40 % aller Sauenhalter und 23 % der Milchviehalter in Nordrhein-Westfalen ihre Produktion eingestellt. Wollen Sie diesen Strukturwandel hinnehmen?**

Schulze Föcking: Wir hatten in den vergangenen Jahren eine wirtschaftliche Situation, die gerade für die Milchvieh- und Schweinehalter sehr schwierig war. Das hat viele müde gemacht. Was hinzukam, war die schlechte öffentliche Wahrnehmung der Branche. Daran gilt es etwas zu ändern. Die Landwirte müssen

die Köpfe wieder heben. Sie müssen zeigen, mit wie viel Liebe in der Landwirtschaft gearbeitet wird – und das sieben Tage die Woche.

Wochenblatt: Davon allein ist noch kein wirtschaftlich angeschlagener Betrieb gerettet ...

Schulze Föcking: Strukturwandel wird es immer geben. Viel zermürbender als das Auf und Ab des Marktes sind aber die Dauerdiskussionen um die heutige Landwirtschaft. (...)

(Matthias Schulze Steinmann / Anselm Richard)

Das vollständige Interview lesen Sie in Wochenblatt Ausgabe 30/2017

Tierhaltungsverbot gegen Straathof

Nachdem in einem niederländischen Stall des Agrarindustriellen Straathof in der letzten Woche 24.000 Schweine verbrannten, hat die niederländische Tierschutzorganisation „Varkens in Nood“ eine Petition gestartet, in der eine Berufs- bzw. Tierhaltungsverbot für Straathof gefordert wird. In Deutschland gilt ein solches Verbot gegen Straathof bereits.

<http://www.boerenbusiness.nl/varkens-voer/artikel/10875395/varkens-in-nood-wil-beroepsverbod-straathof>

<https://www.topagrar.com/news/Home-top-News-24-000-Schweine-auf-Straathof-Betrieb-verbrannt-8426385.html>

**LZ Lüneburg –31.7.2017 – Anna Sprockhof:
Nach dem Ausstieg ...**



Ganz ohne Tiere wollen Florian und Jana Zeyn mit Tochter paula auch nach dem Verkauf ihrer Milchkühe nicht leben. Heute halten sie eine kleine Herde Fleischrinder auf der Weide -- ihr letztes Refugium. (Foto: t&w)

Wittorf. Es ist ein Dienstag im September, als die letzte Kuh den Stall verlässt. Florian Zeyn hat schlecht geschlafen in dieser Nacht, der Gedanke an den Abschied quält ihn seit Tagen, doch der Landwirt will sich nichts anmerken lassen. Pünktlich zum vereinbarten Abhol-Termin steht er vor der Stalltür, treibt die Schwarzbunte auf den Anhänger, nickt dem Kollegen, der seine gesamte Herde gekauft hat, zum Abschied freundlich zu. Dann setzt er sich ins Auto und fährt heim, ohne nochmal in den Rückspiegel zu schauen. „Die Familientradition endgültig zu beenden“, sagt er, „das ist einfach ein scheiß Gefühl.“

Der Wittorfer wollte nie etwas anderes im Leben sein als Milchbauer, 80 Kühe mit Weidehaltung, das war sein Ding – nur leben ließ es sich nicht davon. Also plante er 2015 einen neuen Stall, holte sich das Okay für den Millionen-Kredit, spielte die Zukunft mit 150 Kühen zigmal durch. Größer werden, das war für viele der Königsweg. Zeyn hingegen, begann zu zweifeln – und zog im letzten Moment die Reißleine (LZ berichtete). Fast zwei Jahre sind seit dem Ausstieg vergangen. Und wer ihn danach fragt, dem sagt Zeyn heute: „Das war die härteste, aber auch die beste Entscheidung meines Lebens.“

Der erste Urlaub seit mehr als 20 Jahren

Vielleicht hätte ihn schon die letzte Milchpreiskrise den Betrieb gekostet, vielleicht auch erst die nächste oder übernächste. Auf jeden Fall würde er heute tiefer denn je in den Schulden stecken. Bei der Kalkulation des neuen Stalls seien die Berater von einem Mindest-Milchpreis von 36 Cent pro Liter ausgegangen, erzählt er. „Tatsächlich lag der Durchschnitts-Milchpreis bis heute weit darunter.“ Für Zeyn wenig überraschend, denn den Glauben an den Weltmarkt, die wachsende Nachfrage in China und den arabischen Ländern hatte er schon lange vor dem letzten Preisabsturz verloren. „Immer nur größer und größer und größer“, sagt er, „so richtig konnte ich da nie dran glauben.“ Hinzu kam: „Das war einfach nicht unser Ding.“ Die Verantwortung, der Druck, der Schuldenberg, „das hätte mich fertig gemacht“.

Wittorf, ein verregneter Sommertag, auf dem Hof der Familie Zeyn stehen Pfützen, Jungviehställe und Kälberiglus leer, nur das Plakat mit einem Herz aus Milch hängt noch an der Scheunenwand. Florian Zeyn sitzt mit Ehefrau Jana und Tochter Paula im Haus am Wohnzimmertisch, alle drei sind braungebrannt von einer Woche Camping an der Ostsee. Für den 39-Jährigen war es der erste richtige Urlaub seit mehr als 20 Jahren, für die fünf Jahre alte Paula die erste lange Reise ihres Lebens. Nach dem Verkauf der Kühe dauerte es, bis sich die Freiheit, kein eigenes Milchvieh mehr melken zu müssen, auch frei anfühlte. Heute ist die Familie angekommen. „Es geht uns gut mit dem Ausstieg“, sagt Jana Zeyn. Mit einem Leben, in dem es Feierabend und Urlaub gibt. „In dem wir uns nicht mehr jeden Abend fragen müssen, ob wir richtig entschieden oder unsere Existenz riskiert haben.“

Ihr Geld verdienen Jana und Florian Zeyn heute in einem Kuhstall im Nachbardorf, arbeiten zusammen mit einem großen Milchviehbetrieb – für sie ohne Risiko. „Das passt zum Familienleben“, sagen sie, „und wir haben unterm Strich deutlich mehr zum Leben als vorher.“ Den Stall am Dorfrand und das umliegende Land nutzen ihre Partner, mit den verlässlichen Einnahmen haben sie begonnen, ihre Schulden abzubezahlen. Nebenbei bauen sie eine kleine Herde japanischer Wagye-Rinder auf, wollen irgendwann in die Direktvermarktung des Edel-Fleisches einsteigen. Leben, sagen sie, werden sie davon vermutlich nie können. „Doch ganz ohne Rinder . . . das geht irgendwie auch nicht.“

Florian und Jana Zeyn haben den Ausstieg nie bereut, doch die eigenen Milchkühe, „die fehlen uns nach wie vor“. Zwar steht das Paar weiterhin jeden Tag im Kuhstall, „doch da bestimmen wir nicht allein den Kurs, würden manches vielleicht anders machen“, sagt Jana Zeyn. Ihre Kühe haben sie nach dem Verkauf nur ein einziges Mal im neuen Roboter-Stall besucht, „das fühlte sich furchtbar an, also sind wir nicht wieder hin gegangen“. Auch die Lieder, die beim letzten Mal Melken liefen hat Jana Zeyn nie wieder gehört. Und der Melkstand sieht noch so aus, wie sie ihn verlassen hat – nur dreckiger und voller Spinnweben. Zigmal hat sich das Paar vorgenommen ihn aufzuräumen – und jedes Mal einen Grund gefunden, es nicht zu tun.

Trend in Zahlen: Immer weniger Milchbauern

Seit Jahrzehnten sinkt die Zahl der Milchviehhalter im Land, in Niedersachsen sind laut Landesvereinigung Milch allein zwischen November 2015 und November 2016 rund 430 Betriebe aus der Milchviehhaltung ausgestiegen. Aktuelle Zahlen für alle Betriebe im Landkreis Lüneburg gibt es derzeit nicht, doch ein Blick in die Mitglieder-Statistik des Milchkontrollvereins zeigt, dass die Entwicklung auch vor dem Kreis nicht Halt macht.

Dort waren 2015 noch 67 Milchviehbetriebe mit 6276 Kühen registriert, 2016 sank die Zahl der Betriebe auf 64, die Kuhzahl stieg um 256 auf 6532 Tiere. Aktuell sind es nur noch 62 Betriebe mit 6433 Kühen.

MEG:

Januar 2016 PRODUKTIONSKOSTEN MILCH Deutschland

Für Gesamtdeutschland belaufen sich die Kosten der Milcherzeugung im Januar 2016 auf **44,94 Cent je Kilogramm Milch**. Im Vergleich zum Jahresdurchschnitt 2015 bedeutet dies einen Anstieg um ca. 0,5 Cent. In die Berechnung fließen die pagatorischen Kosten sowie ein Einkommensansatz für die Arbeitsleistung des Betriebsleiters und der Familienarbeitskräfte ein. Davon abgezogen werden die Beihilfen je Kilogramm Milch.

AGRARZEITUNG: Milchmarkt | 1. August 2017

Friesland Campina hebt Preise an

Der Garantiepreis der niederländischen Molkerei erreicht im August 38,50 €. Das ist die dritte Erhöhung in Folge. ...

Diese Milchpreise zahlten Molkereien im März 2017

Molkerei	Milchpreis Cent/kg	Veränderung Milchpreis zum Vormonat Euro/kg	12-Monatsmittel Cent/kg
FrieslandCampina (Niederlande)	35,02	+/-0	30,62
Granarolo (Italien)	38,77	+/-0	37,38
Milcobel (Belgien)	34,01	+/-0	30,51
Danone (Frankreich)	33,70	+1,08	32,29
Savencia (Frankreich)	32,51	-0,15	31,26
Lactalis (Frankreich)	31,88	+0,14	30,95
Müller (Deutschland)	32,81	+0,99	29,03
Arla Foods DK (Dänemark)	33,12	-1,04	29,89
Sodiaal (Frankreich)	32,06	+/-0	31,29
DairyCrest (Großbritannien)	30,64	-0,55	28,79
Dairygold (Irland)	32,80	+1,22	28,02
DMK (Deutschland)	32,81	+0,99	27,78
Glanbia (Irland)	31,87	+0,99	26,77
Kerry Agribusiness (Irland)	32,02	+0,96	27,73
Valio (Finnland)	35,10	+/-0	34,82

<https://www.agrarheute.com/news/milchpreis-aktuell-auszahlungspreis-eu-molkereien>

<https://www.elite-magazin.de/newsticker/Irische-Molkereien-wollen-Milchfett-besser-bezahlen-8425493.html>

MEG MILCH BOARD STELLT STUDIE "MARKTREVIEW MILCH" VOR

20.07.2017

Die Aussagen der von der MEG Milch w. V. vor dem Quotenende vorgestellten „RoadMap Milch & Markt“ sind für den 1. Vorsitzenden Peter Guhl aktueller denn je. Die Kernforderungen beziehen sich auf die in Verträgen festzuschreibende Menge, Qualität, Vertragslaufzeit und den Preis der zu liefernden Milch. Die vertragsgebundene Milchvermarktung kann seiner Ansicht nach durch eine bedarfs- und damit marktgerechte Produktion Krisen verhindern oder abmildern. Guhl ist davon überzeugt, dass der Milchmarkt ohne mengenwirksame Instrumente nicht funktionieren kann. Die jetzt veröffentlichte Studie „Marktreview Milch“, die die Milchkrise der Jahre 2015/2016 untersuchte, liefert dafür weitere schlagkräftige Argumente. Anhand aktueller Marktdaten geht sie der Frage nach, wie das besondere Ausmaß des Preisverfalls in Deutschland und die Preisverschiebungen in der EU erklärt werden können.

Mengensünder

Dass mit dem Quotenende die Milchmenge steigen würde, war allen Experten klar. Was überraschte war das Ausmaß. Die Milchproduzenten in der EU dehnten von 2013 bis 2016 ihre Produktion um 10,8 Millionen Tonnen oder 8 Prozent aus. Ganz unterschiedlich waren die Steigerungsraten in den einzelnen Ländern. 47 Prozent der Mehrmenge gingen allein auf das Konto der Niederländer (19,6%), der Deutschen (15,5 %) und der Iren (11,9 %). Große Milchnationen wie Frankreich (6,9 %), Italien (3,5 %) oder Dänemark (2,9 %) hielten sich im Vergleich dazu eher zurück. Dieses unterschiedliche Steigerungsverhalten schlug auch auf den Milchpreis durch. Während die „Vollgas-Länder“ Preiseinbrüche von über 35 Prozent hinnehmen mussten, gingen die Preise in Frankreich und Italien jeweils „nur“ um 19 bzw. 20 Prozent zurück. Im Umkehrschluss bedeutet dies: Die Länder kamen mit der Krise unterschiedlich gut zurecht. Ein Blick auf den Käsemarkt erklärt warum dies so war.

Preisdumping auf Kosten der Milcherzeuger

Die zusätzlichen Milchmengen in Deutschland wurden vor allem zu Käse verarbeitet. Dieser ging nicht nur in den Drittland-Export, sondern auch in den ohnehin schon gesättigten EU-Binnenmarkt. „Das hatte verheerende Folgen“, stellt Guhl fest. „Es wurden zwar neue Märkte erschlossen, aber zu absoluten Tiefpreisen. Teilweise wurde der Käse für weniger als 3 Euro pro Kilo verramscht! Und diese Tiefpreise wurden direkt an die Erzeuger weiter gereicht.“ Frankreich und Italien hingegen exportierten Käse zum doppelten Preis (6 bis 7 Euro pro Kilo). Entsprechend sanken die Erzeugerpreise nicht ganz so stark ab wie in Deutschland.

„Wir können also festhalten“, fasst Guhl zusammen: „Große Teile der Molkereiwirtschaft waren auf das Quotenende nicht vorbereitet. Alle Milch wurde zwar verarbeitet, musste aber zu Schleuderpreisen auf den Exportmärkten verramscht werden. Deutschland war damit der billige Jakob der EU! Das alles wurde auf dem Rücken der Milcherzeuger ausgetragen. Eine bedarfs- und damit marktgerechte Produktion – wie sie in der RoadMap Milch & Markt vorgeschlagen wird – hätte die Krise sicher nicht verhindern, aber doch zumindest mildern können.“

DMK: Juli-Milchpreis 36 Cent und kürzere Kündigungsfrist

TOP AGRAR ONLINE - 29.06.2017 - Anke Reimink

Topagrar.com - Lesen Sie mehr auf: <https://www.topagrar.com/news/Rind-Rindernews-DMK-Juli-Milchpreis-36-Cent-und-kuerzere-Kuendigungsfrist-8368999.html>

Das Deutsche **Milchkontor (DMK)** reagiert auf das Krisenjahr 2016 und die zahlreichen Kündigungen: 94 % der Vertreter stimmten für die Möglichkeit die **Andienungspflicht** von 24 auf zwölf Monate zu reduzieren. Im Gegenzug entfällt die Abnahmegarantie für diesen Zeitraum. Für Juli verspricht das Unternehmen einen Auszahlungspreis von 36 Cent.

Auf der **DMK-Bilanzpressekonferenz** in Bremen zeigte sich CEO Ingo Müller deutlich unzufrieden mit dem letzten Geschäftsjahr: „Wir haben unser wichtigstes Ziel – einen wettbewerbsfähigen **Milchpreis** zu zahlen – klar verfehlt. An dieser Tatsache gibt es nichts schönzureden.“

... und als „Belohnung“ für das milchbauernferne Missmanagement:

WAHLEN ZUM DRV-PRÄSIDIUM

DRV - Berlin, 22. Juni 2017. In der Mitgliederversammlung des Deutschen Raiffeisenverbandes (DRV) wurden heute folgende Persönlichkeiten ins Präsidium gewählt:

Johannes Bliestle, Geschäftsführer der Reichenau-Gemüse eG, Reichenau,
Christoph Kempkes, Vorstandsvorsitzender der Raiffeisen Waren-Zentrale Rhein-Main eG, Köln,

Ingo Müller, Sprecher der Geschäftsführung DMK Deutsches Milchkontor GmbH, Bremen und

Andreas Rickmers, Vorstandsvorsitzender der AGRAVIS Raiffeisen AG, Münster.

**Pressestelle Niedersächsisches Ministerium für Ernährung,
Landwirtschaft und Verbraucherschutz - 31.7.2017:
Agrarministerium: Mit Insektizid belastete Eier
aus Belgien und den Niederlanden zurückgeben**

**Möglicherweise betroffene Chargen auch nach Niedersachsen gelangt –
Gesundheitsgefahr für Kinder laut Bundesinstitut nicht auszuschließen**

HANNOVER. Mit dem Insektizid Fipronil belastete Eier aus Erzeugerbetrieben in Belgien und den Niederlanden sind laut aktuellen Erkenntnissen über eine Packstelle in Nordrhein-Westfalen auch nach Niedersachsen gelangt. Es handelt es sich um etwa 1,3 Millionen Eier. Fipronil ist in Lebensmitteln nicht zugelassen. Das niedersächsische Agrarministerium empfiehlt die Rückgabe der Eier, die in den Handel gelangt und verkauft worden sind.

Die entsprechenden Chargen der Eier tragen die Stempelaufdrucke **1-NL 4128604** oder

1-NL 4286001 sowie die Mindesthaltbarkeitsdaten (MHD) **14.08.2017** und **16.08.2017**. Aufgrund von Analyseergebnissen in Belgien warnt das Bundesinstitut für Risikobewertung (BfR) vor einem potenziell akuten Gesundheitsrisiko für Kinder beim Verzehr von mit Fipronil belasteten Eiern. Für andere Menschen wird dies ausgeschlossen. Das niedersächsische Agrarministerium rät deshalb Verbraucherinnen und Verbraucher dazu, die Eier mit diesen Aufdrucken nicht zu verzehren und zurückzugeben. „Es gilt in der Europäischen Union bei Fipronil Nulltoleranz“, sagte Agrarminister Christian Meyer. „Das Insektizid hat in Lebensmitteln nichts zu suchen. Punkt.“

Laut Behörden in Belgien und den Niederlanden ist das Mittel „Dega16“, das – auf Basis ätherischer Öle – etwa für die Reinigung und Desinfektion von Ställen zugelassen ist, in unzulässiger Weise mit Fipronil vermischt worden. Dieses Insektizid wird in der Veterinärmedizin zur Bekämpfung etwa von Flöhen und Zecken bei Hunden und Katzen verwendet. Es ist jedoch als Arzneimittel für die Anwendung bei Lebensmittel liefernden Tieren verboten. Meyer: „Sollten die Untersuchungen ergeben, dass hier Stoffe zur Schädlingsbekämpfung unerlaubt gemixt worden sind, müssen die Verantwortlichen schnell und konsequent zur Rechenschaft gezogen werden. Und wenn hier jemand bewusst gehandelt hat, ist das ein krimineller Akt. Das wäre unverantwortlich und müsste hart bestraft werden.“

Der Verlauf der Vertriebswege wird intensiv von den zuständigen Behörden geprüft. Demnach sind aus den Niederlanden rund 2,9 Millionen Eier aus Erzeugerbetrieben an eine Packstelle in Nordrhein-Westfalen geliefert worden. Von dort gelangten rund 1,3 Millionen Eier nach Niedersachsen, die bereits im Handel und verkauft worden sind. Die hiesigen Behörden sind in engem Kontakt mit den Behörden in den Niederlanden und Belgien.

WELT - Michael Gassmann | Stand: 1.8.2017:

Die traurige Realität hinter den versprochenen Öko-Eiern

Seit 2009 hat sich die Produktion von Bio-Eiern verdoppelt. Versprochen werden glückliche Tiere in artgerechter Haltung. Eine Dokumentation hat nun aufgedeckt: Die Wahrheit sieht komplett anders aus. Wie kann das sein? Geahnt hatte man es schon, dass die Sache mit den Bio-Eiern einen Haken haben könnte. Es gibt einfach zu viele davon. In jedem Supermarkt stapeln sich die mehr oder weniger grünen Kartons mit den Abbildungen glücklicher Legehennen zwischen stilisierten Grashalmen.

Seit 2009 hat sich die Produktion von Bio-Eiern verdoppelt, auf jetzt sage und schreibe mehr als 1,2 Milliarden Stück pro Jahr. Allein in Deutschland. Der Marktanteil geht auf zehn Prozent zu, obwohl die Öko-Eier zum Teil doppelt so teuer sind wie Standard-Ware.

Merkwürdig bloß, dass das glückliche Federvieh kaum jemals irgendwo beim Scharren im Sand gesichtet wird. Dabei müssten Millionen von Hennen auf den Weiden herumpicken. Seit der ARD-Sendung über die „Eierlüge“ am Montagabend zur besten Sendezeit wissen wir, wo die vielen Öko-Legehennen sich normalerweise befinden: im Stall, oft unter übelsten Bedingungen. Eng zusammengepfercht, manche mit Parasiten übersät, die Herden von Kadavern und kranken Tieren durchsetzt.

Wie kann das sein? Versprochen wird Öko, die Realität ist industrielle Landwirtschaft der schlimmen Sorte. Teils, so wurde deutlich, durch ans Kriminelle grenzende Praktiken. Bei einigen Betrieben in den Niederlanden und Deutschland entdeckte der Tierschützer Jan Pfeifer Stromkabel vor den Ausläufen, die die Hühner am Freigang hindern, und dokumentierte diese in heimlichen Aufnahmen.

Pfeifer war eine Art Kronzeuge der Sendungsmacher Monika Anthes und Edgar Verheyen. In der halbstündigen Sendung berichteten Beamte des niedersächsischen Landesamtes für Verbraucherschutz und Lebensmittelsicherheit auch von systematischen Betrügereien zur Verdichtung des Tierbestands weit über das erlaubte Maß hinaus, alles, um den Gewinn zu steigern.

Die buchstabengetreue Umsetzung untauglicher Vorschriften

Doch so weit müssen die Halter gar nicht gehen. Ein Kernsatz, der den Regelfall eher treffen dürfte, stammte von dem Lebensmittelökonom Markus Mau: „Die gesetzlichen Mindestvoraussetzungen werden erfüllt, und zwar exakt die Mindestvoraussetzungen.“ Nach der entsprechenden EU-Verordnung dürfen pro Quadratmeter Stallfläche nicht mehr als sechs Tiere gehalten werden, und pro Henne sind vier Quadratmeter Freifläche zur Verfügung stehen. Zwischen zehn Uhr und Sonnenuntergang ist Freigang für die Hennen zu ermöglichen.

Klingt gut, aber die Realität sieht anders aus. Riesige leere Flächen vor riesigen Stellen bleiben fast leer, einfach weil die Tiere sich nicht raustrauen - auch ohne Elektrodraht. Luftaufnahmen belegten das eindrucksvoll. Die natürliche Furcht des Federviehs vor großen Freifläche war sinnvoll zur Arterhaltung, als der Habicht noch die größte Gefahr für Hühner war. Heute ist es die Gier mancher Großbetriebe.

Sie könnten Unterstände für die Vögel bauen oder Gebüsche pflanzen, um den natürlichen Instinkten der Hühner zu entsprechen, die eine Zuflucht in der Nähe erwarten. Aber wozu? Es ist viel einfacher, die Eier aus dem Stall zu sammeln als sie personalintensiv aus der Wiese zu klauben. Auch der Kot lässt sich so leichter und billiger entfernen.

Das Ergebnis ist reine Massentierhaltung bei buchstabengetreuer Umsetzung untauglicher Vorschriften – und eklige Aufnahmen, die teils schwer zu ertragen sind. Die Betriebe redeten sich damit heraus, dass es sich bei den desolat aussehenden Tieren um „sehr alte Bestände“ gehandelt habe, die aber fachgerecht tierärztlich betreut würden. Einerlei.

Denn gerade das wollen die Verbraucher nicht mehr, erst recht nicht Käufer, die bewusst mehr für Eier mit der Kennzeichnung „0“ ausgeben, also für Öko-Eier. Sie haben sich unter den vier Haltungsformen – Käfighaltung, Bodenhaltung, Freilandhaltung und Öko-Erzeugung – für ein subjektiv empfundenen ethisches Optimum entschieden. Es wird ihnen vorenthalten. Der Titel der Sendung war gerechtfertigt: Eierlüge.

Auch die Konsumenten müssen sich ehrlich machen

Damit ist es auch nur konsequent, wenn sich Bürgerinitiativen gegen Produzenten von Bio-Eiern bilden wie in Oranienburg. Dort will laut TV-Bericht ein Investor zwei Ställe bauen. Jeweils 120 Meter lang, jeder für 21.000 Legehennen. „Nicht bei uns“, sagten die Protestierer.

Um zu belegen, dass es auch anders geht, wurden den Zuschauern Hans Dieter Greve präsentiert, ein Muster-Bio-Bauer mit Strohhut und Latzhose von einem Hof, der auch noch Hasenkrug heißt. Seine Hennen stolchen laut SWR wirklich durchs Gras, in das er sie mit einem mobilen Stall an unterschiedlichen Stellen aussetzt. Dafür kosten die Eier im Handel anschließend 35 Cent das Stück, statt 26 Cent beispielsweise bei Ware aus einem Hof, der Aldi Süd belieferte - bis der SWF kam.

Die deutsche Geflügelwirtschaft kämpft seit Jahr und Tag um ein besseres Image, unter anderem mit einer Kampagne unter dem Titel „Das deutsche Ei – ein starkes Stück“. Das dafür ausgegebene Geld wird keinen Effekt haben, so lange der Öko-Anspruch und eine traurige Realität so weit auseinanderklaffen, dass die Vermarktung als „Bio“ an eine Verhöhnung der Verbraucher grenzt.

Dass das Sendematerial zum Teil mit illegalen Mitteln, darunter Einbruch, entstanden ist, hilft den Öffentlichkeitsarbeitern der Geflügelwirtschaft in Zeiten kaum weiter, in denen der Staat selbst geklaute Steuer-CDs kauft und auswertet.

Aber auch die Konsumenten müssen sich ehrlich machen. Ein grüner Aufdruck auf der Schachtel macht noch kein Öko. Und auch bei einem hohen Preis ist nicht immer

sicher, ob er eher dem Tierwohl oder der Marge von Erzeugern und Händlern zugute kommt. Wir werden uns selbst um belastbare Informationen darüber kümmern müssen, woher unser Essen kommt.

Denn „dem Verbraucher wird eine Idylle vorgetäuscht, die so nicht existiert“, wie es an einer Stelle der Sendung hieß. Wie gesagt: Geahnt hatte man es schon. Jetzt sind wir um eine Illusion ärmer. Gut so, ARD.

<http://www.daserste.de/information/reportage-dokumentation/dokus/sendung/exklusiv-im-ersten-die-eierluege-100.html>

Volksstimme - 31.07.2017 – Nora Stuhr

SCHWEINEMAST

Cochstedter sollen per Postkarte votieren

In Cochstedt gibt es seit Jahren diese Ferkelaufzuchtanlage für 4000 Tiere. Der Betreiber möchte die Ställe jetzt abreißen und dafür in eine neue Mastanlage mit ebenfalls 4000 Tieren investieren. Foto: Nora Stuhr

Bürger in Cochstedt sollen dem Stadtrat mit ihrer Meinung zum geplanten Bau einer Schweinemastanlage ein Zeichen geben.

Cochstedt | Ursprünglich war geplant, dass eine Bürgerbefragung in Cochstedt im Zuge der Bundestagswahl am 24. September stattfinden soll. Jetzt wird die Verfahrensweise geändert. Darüber hat sich der Stadtrat in der zurückliegenden Woche verständigt. „Wir geben dem Kind nur einen anderen Namen“, brachte Bürgermeister Uwe Epperlein (Wählergemeinschaft Hecklingen/WGH) die neue Vorgehensweise auf den Punkt.

Rechtsamt hat Einwände

Denn einerseits ist eine Bürgerbefragung nur für den Ortsteil Cochstedt allein – wie ursprünglich angedacht – aus rechtlichen Gründen nicht möglich.

Das hat sich für die Stadt und ihre Räte erst jetzt herausgestellt, nachdem die Verwaltung die Kommunalaufsicht der Landkreisverwaltung über ihre Pläne in Kenntnis gesetzt hat. Denn die Antwort machte dem Vorhaben einen Strich durch die Rechnung. „Man hat uns mitgeteilt, dass eine Bürgerbefragung zur Bauleitplanung nicht zulässig ist.“ Denn genau die Entscheidung darüber hat der Stadtrat zu treffen und diesen Wortlaut in der Fragestellung zur Befragung hatte die Stadt in ihrer Anfrage an den Kreis angegeben.

Jetzt soll die Formulierung der Frage mit einfachen Worten geändert werden, damit die Umfrage aus rechtlicher Sicht in trockenen Tüchern steckt. Über den genauen Wortlaut wollen sich die Räte noch verständigen, damit nichts schief geht.

Bürgerversammlung

Denn keiner, das hat die Beratung am Donnerstag deutlich gemacht, möchte das Ruder wieder zurück werfen. Die Meinung der Cochstedter scheint allen wichtig zu sein. Am Ende der Besprechung gingen die Volksvertreter mit dem Wissen auseinander, statt einer Bürgerbefragung eine „Meinungseinholung“ allein für Cochstedt auf den Weg zu bringen, die postalisch mit einer Doppelkarte stattfinden soll. Das heißt: Jeder wahlberechtigte Bürger wird von der Stadt angeschrieben und kann anonym darauf ankreuzen, ob er für den Bau der Schweinemastanlage oder dagegen ist. Die Antwortkarte wird zurück geschickt. Das Porto ist frei. Die Stadt möchte die Kosten hierfür - am Donnerstag wurden rund 1000 Euro genannt – in Kauf nehmen.

Vorher findet nochmals eine groß angelegte Infoveranstaltung für alle interessierten Bürger zum geplanten Bauvorhaben der Hederslebener Zucht- und Mastbetriebe GmbH & Co. KG statt. Der Investor ist der Organisator und lädt dazu am Sonnabend, 16. September, 11 Uhr in das Vereinsheim auf den Sportplatz nach Cochstedt ein. Bauplaner Mirko Leddermann hatte angekündigt, die Bevölkerung zusammen mit dem Investor Phillip Staggenborg voll umfänglich mit ins Boot zu nehmen. Alle Fragen sollen eine Antwort finden. Die Pläne werden nochmals in aller Ausführlichkeit präsentiert.

Fürsprecher und Gegner

Das Unternehmen betreibt am Ortsausgang in Cochstedt in der Schadelebener Straße seit Jahren eine alte Ferkelzuchtanlage mit 4000 Tieren. Die Ställe sind in die Jahre gekommen. Sie sollen jetzt abgerissen werden. Dafür möchte der Betreiber dort in den Bau einer modernen Schweinemastanlage mit ebenfalls 4000 Tieren investieren. Der Betrieb soll den neuesten Standards entsprechend mit einer Abluftreinigungsanlage ausgestattet werden. Das Gesamtkonzept sieht außerdem die Vergrößerung des Abstandes zur Ortslage sowie eine Verbesserung der Immissionssituation vor, heißt es weiter. Darüber hinaus soll mit der Neuordnung des Betriebsgeländes und einer Eingrünung im Norden auch das Orts- und Landschaftsbild aufgewertet werden.

In Cochstedt spalten sich die Meinungen. Naturschützer sehen Gefahren unter anderem in einem zunehmenden Gülleaufkomme und lehnen die Art dieser konventionellen Tierhaltung generell aus moralischen und ethischen Gründen ab. Es gibt aber auch Fürsprecher, die das Unternehmen in Cochstedt, dem landwirtschaftlich geprägten Ort, halten möchten. Weitere Arbeitsplätze werden nicht geschaffen. Das Unternehmen möchte aber seinen Stammsitz nach Cochstedt verlagern, wenn es bauen kann. Dieser befindet sich derzeit noch in

Hedersleben(Harz), wo Phillip Staggenborg ebenfalls einen landwirtschaftlichen Betrieb mit rund 1100 Mastschweinen betreibt.

Auch die Meinungen im Rat gingen bisher auseinander. Das Gremium hat nach der Umfrage über einen Aufstellungsbeschluss zu befinden, der darüber entscheidet, ob die Firma aus Hedersleben die Weichen zum Bau ihrer Anlage stellen kann. Wenn abgestimmt wird, will der Rat sich an der Meinung der Cochstedter orientieren. Auch das wurde am Donnerstag nochmals gesagt.

„Wir ziehen das durch“

„Wir ziehen die Bürgerbefragung durch. Basta“, steht für Roger Stöcker (SPD) fest, dass der Stadt das niemand verbieten kann.

Stadtratschefin Christine Kern (WGH) schlug vor, die konkrete Fragestellung der Meinungsumfrage mit einem Ratsbeschluss abzusichern.

Zuvor hatte René Lohse (WGH) aus Cochstedt den Räten die Frage gestellt, ob sie das Ergebnis der Meinungsumfrage nutzen, wenn sie abstimmen, oder ob sie sich ihrer Entscheidung schon jetzt sicher sind. „Denn am Ende muss der Rat entscheiden“, so Lohse. „Die Cochstedter müssen mitbestimmen“, findet Roger Stöcker. „Wir sollten nicht den Fehler machen und uns auf Leitpläne beziehen“, spielte Günther Hoffmann (CDU/FDP-Fraktion) darauf an, die Formulierung der Fragestellung im Zuge der Umfrage so einfach wie möglich zu halten.

Rat wollte sich orientieren

„Wenn uns der Kreis blockiert, hat das nichts mehr mit Demokratie zu tun“, sprach sich Ingo-Peter Walde (NPD) für die Umfrage aus. „Der Rat wollte sich an der Meinung der Bürger orientieren“, erinnerte Klaus Riederer (WGH) an das Ansinnen der Befragung, die jetzt eine Meinungsumfrage ist.

SVZ - vom 31. Juli 2017- Winfried Wagner: Pfanni-Werk in Stavenhagen vor dem Aus?

Nach einem abgewehrten Übernahmeversuch durch Kraft Heinz muss der Nahrungsmittelkonzern Unilever drastisch sparen. Die Gewerkschaften fürchten Betriebsschließungen auch an drei Standorten in Ostdeutschland.

Die Gewerkschaft Nahrung-Genuss-Gaststätten (NGG) befürchtet Einsparungen und Betriebsschließungen beim Nahrungsmittelkonzern Unilever mit drei Standorten in Ostdeutschland. So stünden in den Pfanni-Werken in Stavenhagen (Landkreis Mecklenburgische Seenplatte) und Auerbach im Vogtland (Sachsen) sowie beim Margarine-Werk Pratau (Sachsen-Anhalt)

mehrere hundert Arbeitsplätze auf dem Spiel, sagte ein NGG-Sprecher am Montag in Neubrandenburg.

Nach einem abgewehrten Übernahmeversuch durch Kraft Heinz hat sich Unilever ein hartes Sparprogramm verordnet und will die Kosten in den nächsten drei Jahren um sechs Milliarden Euro senken sowie die Margarinesparte verkaufen.

Zu der Betriebsversammlung, bei der alle Standorte hinzugeschaltet werden, werden unter anderem Bundeswirtschaftsministerin Brigitte Zypries (SPD) und der DGB-Vorsitzende Reiner Hoffmann erwartet. Unilever beschäftigt in Deutschland, Österreich und der Schweiz rund 5000 Mitarbeiter, weltweit sind es rund 168 000 Beschäftigte. Das Werk in Stavenhagen war nach 1990 neu entstanden, hat rund 200 Mitarbeiter und gilt als einer der modernsten Kartoffelverarbeiter.

TAZ – Hanna Gersmann – 30.7.2017:

Konsum von Zuckerersatz Isoglucose

Süß, billig, ungesund

Ab Oktober hat Zucker in Europa eine neue Konkurrenz: billigen Isoglucosesirup. Doch der neue Ersatzstoff gilt als noch problematischer als Zucker.

BERLIN *taz* | Die Lebensmittelindustrie liebt Zucker. Weil er für Geschmack sorgt, rührt sie ihn nicht nur in Schokolade, sondern auch in Fleischsalat, Joghurt, Tiefkühlpizza. Doch nun verdrängen ihn neue Ersatzstoffe – mit dem Argument, Saccharose, also der klassische Haushaltszucker, mache dick und verursache Karies. Nur: Die neuen Substanzen sind oft nicht besser.

Vor einem warnt Udo Kienle, Agrarwissenschaftler an der Universität Hohenheim, besonders: Isoglucose. „Dieser billige fructosehaltige Sirup aus Mais ist besonders schädlich, er macht fett.“ Trotzdem komme er nun „massenweise auf den europäischen Markt“.

Kienle forscht seit mehr als dreißig Jahren zu Süßungsmitteln. Derzeit produziere die Welt im Jahr rund 160 Millionen Tonnen Zucker im Jahr aus Zuckerrohr und Zuckerrüben, sagt er. Weltweit sei dieser Markt schätzungsweise 75 Milliarden Dollar schwer. Schlechte Ernten und schwankende Preise hätten den Produzenten zwar immer wieder zu schaffen gemacht. Bislang sei der Verbrauch aber Jahr für Jahr um bis zu 4 Prozent gestiegen. Denn die Weltbevölkerung wächst und eine aufstrebende Mittelschicht etwa in Chinas oder Afrikas Städten kurbelt den Absatz an.

Doch der Zucker ist in Verruf geraten. Die Weltgesundheitsorganisation WHO hat erst Ende des vergangenen Jahres alle Regierungen der Welt aufgerufen, Steuern auf zuckrige Getränke zu erheben. Die gelten als besonders bedenklich, weil sie

nicht nur viel Zucker enthalten, sondern auch nicht zu einem Sättigungsgefühl führen. So trinkt man sie – und die zusätzlichen Kalorien – einfach nebenbei. In Deutschland ist eine solche Abgabe zwar nicht geplant. In Mexiko, wo die Bevölkerung massiv von Übergewicht betroffen ist, gibt es aber schon seit dem Jahr 2014 eine zehnpromtente Steuer auf zuckerhaltige Getränke. Der Umsatz der Produkte sank innerhalb eines Jahres um 12 Prozent. Auch Frankreich hat eine derartige, allerdings geringere Steuer.

Gleiche Süße, weniger Zucker?

UDO KIENLE, AGRARWISSENSCHAFTLER:

„Dieser billige fructosehaltige Sirup ist besonders schädlich“

Die Industrie arbeitet längst an ihren Rezepturen. Der größte Lebensmittelhersteller der Welt, Nestlé, hat von 2014 bis Ende 2016 weltweit „die Menge an zugesetztem Zucker um 39.000 Tonnen beziehungsweise 8 Prozent gemindert“, sagt eine Sprecherin. Die Forscher des Konzerns wollen einen Weg gefunden haben, die Struktur von Zucker so zu verändern, dass er sich schneller im Mund auflöst. Heißt: Für gleiche Süße soll weniger Zucker nötig sein. In jedem Fall setzen die Nahrungsmittelkonzerne aber auch auf süße Ersatzstoffe. Den meisten Verbrauchern sagen diese wenig. Auf der Zutatenliste stehen Aspartam, Erythrit oder Xylitol. Und Isoglucose.

Isoglucose ist bis zu 40 Prozent billiger als andere Süßungsmittel. Die bedeutendsten Produzenten sitzen in den USA. Die europaweit 300.000 Hersteller von Lebensmitteln und Getränken konnten den Isoglucosesirup bislang nur in kleinen Mengen einsetzen. Der Handel war zum Schutz der deutschen Rübenbauern stark beschränkt. Doch Brüssel hat den Zuckermarkt neu geregelt. Ab diesem Oktober darf der Sirup frei gehandelt werden.

„Experten, unter anderem der EU-Kommission, schätzen, dass bis zu 40 Prozent des verbrauchten Zuckers in Europa durch Isoglucose ersetzt werden“, sagt Wissenschaftler Kienle. Das gesundheitliche Risiko erklärt er so: Der flüssige Sirup enthalte einen hohen Fruchtzucker-, also Fructoseanteil, der anders als Saccharose in der Leber in Form von Fett gespeichert wird. Die Folge könne darum eine Fettleber sein. Zugleich werde die Insulinwirkung gehemmt, was Typ-2-Diabetes hervorrufen könne.

„Zucker versteckt sich hinter vielen Namen und ist für viele Verbraucher nicht erkennbar“, sagt Armin Valet, Experte für Lebensmittelkennzeichnung bei der Verbraucherzentrale Hamburg. Das Problem: Hersteller müssen auf ihren verpackten Lebensmitteln zwar den Gesamtgehalt an Zucker angeben. Mischen sie aber klassischen Haushaltszucker mit anderen Süßmachern, müssen sie deren Anteil in der Nährwerttabelle nicht separat benennen. So bleibt unklar, wie viel Isoglucose im Produkt steckt.

<http://www.taz.de/Konsum-von-Zuckerersatz-Isoglucose/!5430130/>

Pressemitteilung

AbL fordert Informationen über Studie zu Langzeit-Vorkommen von Neonicotinoiden in Böden

Die rasche Veröffentlichung aller Einzelheiten und Ergebnisse einer Untersuchung über Verbleib und Folgewirkungen von bienen- und bodenleben-schädigenden Neonicotinoiden („Neonics“) in Zuckerrüben-Folgekulturen fordert der Landesverband Niedersachsen/Bremen der Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft (AbL) vom Bundesagrarministerium als Auftraggeber und dem Göttinger Institut für Zuckerrübenforschung (IfZ, getragen von der Zuckerindustrie) als durchführender Institution. Informationen aus der Chemiebranche zufolge, so die AbL, seien deutschlandweit etwa 50 Standorte daraufhin untersucht worden, welche Mengen von insektizid wirksamen Zuckerrübensaats-Beizmitteln in den Böden und in den nach Zuckerrüben angebauten Früchten (offenbar Winterweizen, Mais, Kartoffeln) zu finden seien. Es gebe weitere Informationen, wonach die Untersuchung von einem großen Pflanzenschutzmittel-Konzern finanziert werde – es sei unklar, inwieweit dieser ggf. Einfluss auf den Umfang der untersuchten Präparate und die Untersuchung selbst genommen habe. Insbesondere Rübenbauern seien daran interessiert, über Studie und Ergebnisse und die unterschiedlichen Auswirkungen der verschiedenen Neonic-Präparate informiert zu werden.

AbL-Vertreter Eckehard Niemann verwies auf Hinweise z.B. des Netzwerk Forums Biodiversitätsforschung Deutschland oder des Heidelberger Wissenschaftlers Anton Safer, wonach der allergrößte Teil der Beiz-Hülle um die Samen im Boden verbleibe und wonach die Abbau-Halbwertszeit der Neonic-Beiz-Insektizide unter Umständen mehrere Jahre betrage. Bestimmte Neonic-Mittel führten im Boden zu Schäden an wichtigen Bodenlebewesen wie Regenwürmern, Collembolen oder Bakterien. Dies dürfe künftig nicht mehr bloß durch Laborversuche geprüft werden, sondern durch auch durch Langzeit-Feldversuche – und zwar nicht nur der Wirkstoffe, sondern der ganzen Präparate (inclusive Beizmittel-Zusatzstoffen) einschließlich von Wechselwirkungen mit anderen Pflanzenschutzmitteln.

Die AbL drängt Bundesministerium und IfZ insbesondere zur Information über folgende Einzelheiten der Untersuchung: Auftraggeber und genauer Auftrag, Financier und dessen Einfluss auf die Studie bzw. die Auswahl der untersuchten bzw. nicht untersuchten Wirkstoffe, beteiligte und durchführende Institutionen, Kontroll-Institutionen, untersuchte Wirkstoffe, Details und Daten der Probenahme einschließlich Auswertung, Ergebnisse und Schlussfolgerungen Gründe für die Art der Finanzierung und die bisher nicht erfolgte Veröffentlichung, ggf andere laufende Studien mit öffentlicher Finanzierung. 2.695 Zeichen – 31.7.2017

[LINK zur Internetseite der Taskforce Systemische Pestizide](http://www.tfsp.info/de/about-us/)

<http://www.tfsp.info/de/about-us/>

Endlich mal ein sachgerechter Beitrag zur „Feldrand-Hygiene“

in den DLG-Mitteilungen 8/2017:

Problemgräser und –kräuter wandern häufig von Rand her ein. Dementsprechend wird häufig versucht, Ackerrandhygiene zu betreiben. Zum Beispiel die Trespe: Sie etabliert sich am Rand dort zuerst, wo die andere Vegetation Lücken lässt. So wird durch Applikation von Glyphosat auf Randstreifen außerhalb des Ackers den Trespen geradezu Vorschub geleistet.

Gerade bei dichter Ackerrandvegetation, die zumeist aus verschiedenen Gräsern besteht, sollten Sie vorsichtig sein. Der Rand muss sehr genau durch alle Bearbeitungsmaßnahmen eingehalten werden. In Freiräumen, die zwar bearbeitet, aber nicht besät wurden, machen sich sofort Trespen oder andere unerwünschte Pflanzen breit. Dies fällt Landwirten offenbar immer schwerer, da bei größerer Ackerbreite die Ackerkante nicht immer genau getroffen wird.

Wenn jeder Bodenbearbeitungsgang, die Aussaat und die Pflanzenschutzmaßnahmen genau die gleiche Kante treffen und jenseits davon eine etablierte Grasnarbe stehen lassen, gibt es meist keine „Randhygieneprobleme“!

Bauernblatt Schleswig-Holstein - 06.07.2017 - Dr. Michael Dreyer und Anne Knifka:

Ackerfuchsschwanzkenntnisse von der Insel

Die Ackerfuchsschwanz-Problematik gewinnt in Deutschland, so zum Beispiel an der Westküste Schleswig-Holsteins, zunehmend an Bedeutung. Mittlerweile hat sich der Ackerfuchsschwanz in einzelnen Regionen zu einem derartigen Problem entwickelt, dass ein erfolgreicher Getreideanbau gefährdet ist.

Auch in England stellt der Fuchsschwanzbesatz seit Längerem eines der Hauptprobleme im Ackerbau dar. Besonders in Betrieben, in denen der Wintergetreideanbau in engen Fruchtfolgen eine lange Tradition hat, müssen zur Sicherung des Getreideanbaus neue Konzepte entwickelt werden.

Auf einer achttägigen Erntebereisung konnten sich Mitarbeiter und Kunden der Hanse Agro einen umfangreichen Überblick über die Fuchsschwanzsituation in England verschaffen.

Die Eaubrink Farm befindet sich in der Nähe von King´s Lynn (Nordseeküste). Der 3.400 ha große Betrieb ist durch schwere Marschböden und eine jährliche Niederschlagsmenge von durchschnittlich knapp 600 mm gekennzeichnet. Der

Betrieb befindet sich seit 30 Jahren im Besitz der Familie Reemtsma und **wurde bis 2014 durch die Velcourt Ltd. bewirtschaftet.**

In dieser Zeit war der Ackerbau auf dem Betrieb durch eine sehr enge, von Wintergetreide dominierte Fruchtfolge geprägt, weshalb Ackerfuchsschwanz heute die größte Herausforderung darstellt. Seit 2014 wird die Farm selbst bewirtschaftet, wobei der aus Ostholstein stammende Kai Kölle die Leitung des Betriebes übernahm. Er führte – mit dem Ziel, weiterhin ackerbaulich und ökonomisch sinnvollen Anbau betreiben zu können – eine massive Umstellung des Produktionssystems durch.

Grundsätzlich wurde der Anteil an Sommerungen deutlich erhöht. So erfolgt bei hohem Ackerfuchsschwanzdruck bevorzugt der Anbau von Sommerkulturen. Bei Winterweizen wird die Saatzeit, abweichend vom in der Region üblichen Saattermin (September/Oktober), deutlich nach hinten verschoben (Oktober/November). Auf den Anbau von Stoppelweizen versucht man zu verzichten, indem man eine breitere Fruchtfolge fährt. Als Grundregel gilt: je höher der Fuchsschwanzdruck, desto später die Saat.

Aus den zurückliegenden Jahren weiß man inzwischen, dass der spätsaatbedingte Ertragsrückgang geringer ist als der fuchsschwanzbedingte Ertragsrückgang bei Frühsaat. Die spätere Saat bringt also nicht nur weniger Ackerfuchsschwanzdruck, sondern gegenüber der Frühsaat auch ertragliche Vorteile. Nach zeitiger Grundbodenbearbeitung (ähnlich einer Scheinbestellung) erfolgt vor der Saat die konsequente Abtötung des bereits aufgelaufenen Ackerfuchsschwanzes mit Glyphosat. In extremen Situationen wird vorübergehend ganz auf den Anbau von Wintergetreide verzichtet und stattdessen auf den zwei- oder dreimaligen Anbau von Sommerkulturen ausgewichen (zum Beispiel Zuckerrübe-Sommerweizen/Sommergerste-Ackerbohne).

Die Grundbodenbearbeitung ist in der Regel tief und intensiv. Die spätere Herrichtung des Saatbettes erfolgt jedoch sehr flach, um das Auflaufen einer weiteren Fuchsschwanzwelle zu vermeiden. Auch dem Pflug kommt im Gesamtkonzept eine besondere Bedeutung zu. Jährlich werden im Betrieb zirka 20 % der Flächen immer im Wechsel gepflügt.

Diesem Vorgehen liegt folgende Überlegung zugrunde: Wurde eine Fläche vor der Pflugfurche mehrere Jahre nicht gepflügt, so sind die hochgepflügten Samen sofort keimfähig (sekundäre Dormanz). Das bedeutet, dass der gesamte Besatz dann zügig aufläuft und in "einem Abwasch" bekämpft werden kann. Zugleich besteht die Chance, dass diese ältere Genetik vielleicht noch weniger von möglichen Herbizidresistenzen betroffen ist.

Glyphosat spielt im Sanierungskonzept eine sehr große Rolle. Es wird grundsätzlich vor der Saat eingesetzt, um sämtlichen Fuchsschwanz auszuschalten (reiner Tisch). Ein Glyphosateinsatz vor Raps ist in der Regel nicht zielführend, da nach Ernte der Weizen- oder Gerstenvorfrucht die Zielpflanze Ackerfuchsschwanz meist nicht oder nur unzureichend aufgelaufen ist.

Aus den Erfahrungen der vergangenen Jahre weiß man, dass die grundsätzliche Strategie immer den Erfordernissen der aktuellen Situation angepasst werden muss. Ist zum Beispiel absehbar, dass nach einer späten Zuckerrübe die Etablierung eines geplanten Winterweizens unsicher ist, so sollte auf Sommerweizen oder Sommergerste ausgewichen werden. Denn für die unterdrückende Wirkung der Getreidekultur ist unbedingt ein dichter Bestand erforderlich.

Sommergerste hat wegen ihrer zügigen Entwicklung die stärkste Konkurrenzwirkung. Bei allen Kulturen, so zum Beispiel auch der Ackerbohne, wird die Saatstärke stets am oberen Limit gefahren. Die Reduktion des Fuchsschwanzdruckes war gegenüber einer einmaligen Sommerung besonders beim zwei- oder mehrmaligen Anbau von Sommerkulturen in Folge deutlich auszumachen.

Den kompletten Beitrag finden Sie in der Bauernblattausgabe 27/2017 unter der Rubrik "Pflanze" und im [digitalen Bauernblatt](#).

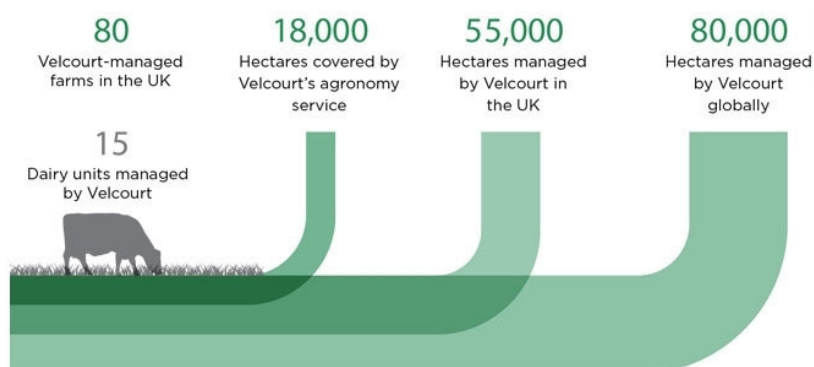
<http://www.bauernblattsh.de/nachrichten/betriebsfuehrung/details/news/ackerfuchsschwanzerkennnisse-von-der-insel.html>

Velcourt

ist ein Konzern, der weltweit für Landeigner die Landbewirtschaftung managt: 55.000 Hektar in Großbritannien und 80.000 Hektar weltweit



VELCOURT
Europe's leading farming company



Weitere internationale Agrarbewirtschaftungs-Konzerne (Eigentum, Pacht, Management)

Investment Company Own & Lease

Westchester Group Inc (TIAA-CREF)
Hancock Agricultural Investment Group (HAIG) United States
Assinboia Farmland Ltd Partnership (Canada)

Own/Lease & Manage

Macquarie (Paraway Pastoral)
WellardAgri
Warakirri Asset Management P/L
Sustainable Agriculture Fund
Magyar Farming Company Ltd (Hungary)
Prime Agriculture Australia Fund
Black Earth Farming (Russia)

Production Investment

AACL

Management Companies

Velcourt (United Kingdom)
Pike Management Group (Canada) Broadacre
One Earth Farms Corporation (Canada)

Links:

<http://www.nuffield.com.au/conferences/11spr-pdfs/Michael-Foss-presentation.pdf>

PDF]Corporate Investment in Agriculture - Nuffield International
www.nuffieldinternational.org/.../1360186492MichaelFossFinalR...

von M Foss - [Zitiert von: 2](#) - [Ähnliche Artikel](#)

Corporate Investment in Agriculture. A report for. By **Michael Foss**. 2011 Nuffield Scholar. February 2012. NuffieldAustralia Project No 1106.

Velcourt ist mit „Projekt-Management“ auch aktiv in Sambia:

WELT - Volker terHaseborg | 31.7.2017:

LANDWIRTSCHAFT IN SAMBIA

Wie eine afrikanische Bäuerin ihren großen Traum verfolgt

Die Afrikanerin Grace SiatontolaSilume bewirtschaftet rund 27 Hektar Land

Quelle: Simon Binder/BILANZ

Grace SiatontolaSilume ist eine Bäuerin in Sambia. Sie hat 25 Hühner, elf Schafe, sieben Kühe, drei Hunde - und sie will einen eigenen Traktor. Wir haben Sie auf ihrer Farm im südöstlichen Afrika besucht.

Es ist viertel vor sechs in der Frühe, die Sonne geht auf über Monze. Es hat seit Wochen nicht geregnet, die Erde ist staubig, rot. Gestern Nachmittag bin ich in Lusaka, der Hauptstadt von Sambia, gelandet, die Reise von Hamburg über Dubai dauerte 17 Stunden.

Der Fotograf Simon Binder (43), der in Lusaka lebt, hat mich mit seinem „Mitsubishi Pajero“ vom Kenneth Kaunda International Airport abgeholt. Simon ist Amerikaner, er ist nach Sambia gezogen, weil seine Freundin, eine Schwedin, hier als Entwicklungshelferin arbeitet.

Vier Stunden lang fahren wir über Landstraßen nach Südwesten, hinein in die Dämmerung. Auf den Straßen waren viele Menschen unterwegs, die er in der Dunkelheit kaum sehen konnte. Entgegenkommende Autos kamen uns im Linksverkehr bedrohlich nah.

Wir waren froh, als wir die Golden Pillow Lodge in der Ortschaft Monze erreichten, das einzige Hotel, das ich von Deutschland aus buchen konnte. Die Übernachtung kostete 400 Kwacha, umgerechnet 38 Euro. Nach dem Frühstück brechen wir auf.

Hinter Monze endet die Asphaltstraße, Simons Mitsubishi ruckelt über eine Schotterpiste. Die meisten Menschen gehen zu Fuß; sie kommen von einer Wasserstelle oder sind auf dem Weg dorthin, schwer schaukelnde Wasserkanister in der Hand oder auf dem Kopf.

Schulung und Geräte für afrikanische Bauern

Wir sind auf dem Weg zu Grace SiatontolaSilume (53). Einer Bäuerin, die ich vor einem halben Jahr in Chongwe bei Lusaka kennengelernt hatte. Damals besuchte ich die Future Farm, die der US-Landmaschinenhersteller AGCO betreibt, eine Art Modell-Bauernhof. AGCO will den afrikanischen Bauern nicht nur Traktoren, Pflüge oder Sähmaschinen verkaufen - sondern sie auch schulen, wie sie mit den Geräten umgehen und die Böden schonend mit ihnen bewirtschaften.

Grace war mir durch ihr großes Interesse aufgefallen und ihren Willen, ihre Arbeit besser zu machen. Sie hatte mir ihre Telefonnummer gegeben: falls ich einmal ihre Farm besuchen wollte. Als ich mit Simon um viertel nach sechs die Brücke erreiche, die über den Fluss Magoye führt, sehen wir nur eine ausgetrocknete Rinne. Linker Hand: ein vielleicht 70 Quadratmeter großes Backsteinhaus mit einem Wellblechdach und kleinen Fensterschlitzten.

Davor eine Frau, sie winkt: Es ist Grace. „Ich freue mich, dich wiederzusehen“, sagt Grace auf Englisch, ihre Stimme ist dunkel und weich. Sie lächelt. Grace ist etwa 1,60 Meter groß, sie trägt einen bunten Rock, eine beigefarbene Bluse mit schwarzen Rüschen und auf dem Kopf eine schwarze Mütze, das ihr Haar vor dem Staub schützt.

Grace und ihre Familie

Mit ihrer Familie spricht Grace in der Bantu-Sprache Chitonga. Sie hat fünf Kinder: Gift (27), Liseli (25), Sandra (23), Andrew (21) und Nanukui (19). Sie alle sind auf dem Hof aufgewachsen und wohnen überwiegend heute noch hier. Außerdem hat Grace ihre Nichte Abigail (11) und ihren Neffen Roid (13) aufgenommen, weil deren Eltern so arm sind, dass sie nicht für sie sorgen können. Warum Grace das tut, darüber denkt sie nicht viel nach. „Ich glaube, es ist gut.“

Grace ist Witwe. Ihr Mann Michael ist vor zwölf Jahren an Malaria gestorben. Seitdem führt Grace allein den Betrieb, der 272.000 Quadratmeter umfasst -halb so groß zwar wie ein durchschnittlicher deutscher Betrieb, in Sambia jedoch zählt Grace' Hof zu den größeren.

Zur Farm gehören elf Schafe, sieben Kühe, 25 Hühner und drei Hunde. Von April bis November baut Grace Tomaten, Spinat und Kohl an; Mais, Erdnüsse und Sonnenblumen in der Zeit von Dezember bis Mai. Das ist der Rhythmus in ihrem Beruf, den sie nach sieben Jahren Schule nie richtig gelernt hat. „Aber ich weiß, was zu tun ist.“

Grace geht mit mir zuerst auf ihre Gemüsegelder, am Nachmittag wird es wieder 35 Grad heiß werden, zu heiß für die Arbeit. Aus dem Boden ragen verbrannte Stängel und Blätter. Das Tomatenfeld. Auch der Spinat ist verdorrt. Die Wasserpumpe war kaputtgegangen, nur der Kohl hat überlebt. Grace greift sich einen Schlauch, legt ihn über die Schulter und lässt Wasser auf die Pflanzen rinnen. Von fern ist ein Motorgeräusch zu hören, die Pumpe funktioniert wieder und saugt die letzten Pfützen aus dem Magoye ab.

Sie mustert die Kohlköpfe. „Viel zu klein. Wenn es weiter so trocken ist, wäre das eine Katastrophe.“ Normalerweise verkauft Grace ihr Gemüse in Monze, auf dem Markt. Doch seit Wochen verbraucht sie das meiste Gemüse selbst. „Ich muss dringend einen eigenen Brunnen haben“, sagt Grace. Doch der kostet 25.000 Kwacha, umgerechnet 2.350 Euro. Die hat sie nicht. Jetzt muss sie auf die Regenzeit warten, die in Sambia bald beginnt. Wenn der erste Regen gefallen ist, wird sie Mais, Erdnüsse und Sonnenblumen säen.

Sie zeigt auf einen Acker, dessen Erde sie vor Kurzem gelockert hat, damit Sauerstoff in die unteren Erdschichten kommt. Grace verfügt nur über einen Pflug und eine Egge, die sie von einer Kuh ziehen lässt. Aber einen mechanischen Grubber, der den Boden durchlüften würde, besitzt sie nicht. Also rief sie einen Mann an, der nicht nur einen Grubber besitzt, sondern auch einen Traktor. 250 Kwacha, also 24 Euro pro Stunde, musste sie zahlen.

„Ich brauche einen Traktor“

Für Grace steht fest: „Ich brauche einen Traktor.“ Genau diesen Satz hatte mir Grace vor einem halben Jahr schon gesagt. Als sie auf dem Modell-Bauernhof von AGCO den „Massey Ferguson 345“ sah, einen Traktor für die Nutzung in Entwicklungsländern: 50 PS, drei Zylinder, kein Führerhaus, keine Klimaanlage, kein elektrischer Schnickschnack, für umgerechnet 9.300 Euro.

AGCO hat den Test gemacht und ein Maisfeld per Hand bewirtschaftet – so wie Grace es macht. Dann bewirtschafteten AGCO-Mitarbeiter ein Vergleichsfeld mit dem Traktor. Ergebnis: Die Ernte war dreieinhalbmal so groß. Grace durfte damals eine kleine Probefahrt machen, obwohl sie gar keinen Führerschein hat. Heute denkt sie gern an den Ausflug zurück: „Ich war froh, weil ich etwas gelernt habe.“

Aber das Geld für den Traktor wird sie nie aufbringen können. Man hat ihr erzählt, dass AGCO afrikanischen Bauern auch Kredite vermitteln will. Grace ist misstrauisch. „Ich habe Angst vor Krediten“, sagt sie. Die Zinsen seien so hoch, 30 Prozent, habe sie gehört, „und wenn ich nicht zahlen kann, holen sie sich meine Farm.“ Sie hat kein Vertrauen in Sambias Banken und schon gar nicht in Sambias Politiker. Die Preise für Mais haben sich im vergangenen Jahr verdoppelt, sagt sie. Aber sie hatte nichts davon, weil ihre Ernte so schlecht war.

Grace ist an einer in den Boden eingelassenen Betonplatte angekommen, die von einigen Backsteinen beschwert wird. Das Grab ihres Mannes Michael. „Ich habe damals, nach seinem Tod, beschlossen, dass alle meine Kinder zur Schule gehen und eine Berufsausbildung machen sollen. Damit sie eine Zukunft haben.“ Im Moment gibt Grace pro Monat 1.600 Kwacha für das Schulgeld der Kinder aus, die auf ihrem Hof leben. Und das, obwohl sie nur etwa 1.000 Kwacha im Monat verdient. Ihr Konto ist leer. Wenn sie zusätzliches Geld braucht, verkauft sie eine Kuh, ein Schaf oder Mais, den sie gehortet hat.

Es gibt nur eine Mahlzeit täglich auf ihrem Hof, alle zwei Monate leistet sie sich ein Stück Rindfleisch. „Wir sind das gewohnt. Es ist nicht leicht. Aber das Leben geht weiter.“ Ein Mann kommt zu uns, er sollte einen Baum für Grace fällen, jetzt will er sein Geld: 20 Kwacha, 1,90 Euro. Grace ist nicht zufrieden. Der Holzfäller sollte den Baum auch in Stücke zerteilen. Sie gibt ihm einen Vorschuss und trägt ihm auf, das Versäumnis nachzuholen.

Die Rolle der Frau in der afrikanischen Wirtschaft

Als der Mann fort ist, schüttelt sie den Kopf und sagt: „Er wird das Geld sofort vertrinken.“ In Hachanga, dem nächsten Dorf, gibt es eine Kneipe. Ich möchte mit Grace über die Rolle der Frauen in der afrikanischen Wirtschaft sprechen. Sie sagt, dass viele Frauen in Sambia mittlerweile Schulen und Universitäten besuchen und deshalb mehr Einfluss bekämen. Die Landwirtschaft sei ohnehin weiblich dominiert. Auch wenn es Männer auf den Farmen gebe: „Die Person, die hart arbeitet, ist immer eine Frau.“

Ihr selbst hatte niemand zugetraut, den Hof weiterzuführen, als ihr Michael gestorben war. „Ich wurde nicht respektiert.“ Ihr Nachbar hätte sie aufgefordert, ihm die Farm zu verkaufen. „Ich habe ihm gesagt: ‚Nein, diese Farm ist für meine Kinder.‘“ Ebenso mit Nein hat sie die Fragen der Männer beantwortet, die um sie geworben hätten. „Ich

habe meine Kinder, und ich habe meine Farm. In meinem Leben ist kein Platz für einen neuen Mann." Den Respekt der Leute hat sie sich erarbeitet.

Ich frage Grace nach ihrem Vorbild. Sie heißt Nora, eine Bäuerin aus der Nachbarschaft. Nora hat es irgendwie fertiggebracht, dass ein Spender aus Europa ihr Geld gibt. Nora hat jetzt einen Traktor. Noras Mann hingegen sei ein Taugenichts, ein Säufer. In diesem Moment kommt der Holzfäller zurück, um seine Arbeit fortzuführen. Seine Augen sind rot, er lallt. Grace schaut mich an – als wenn sie sagen würde: „Siehst du?“ Ihren Kindern hat sie verboten, zu rauchen und Alkohol zu trinken.

Es ist Zeit für das Mittagessen. Grace kocht vor ihrem Haus, die Feuerstelle befindet sich unter einem Strohdach, das von Holzpfählen getragen wird. Sie trägt Holzscheite zusammen, bald schlagen Flammen hoch, Grace kocht Wasser in einem Topf auf. Nach und nach gibt sie Maismehl in den Topf, rührt kräftig um, bis ein fester Brei entsteht. Nshima, das Nationalgericht in Sambia. Dazu macht sie einen Eintopf aus Zwiebeln, Tomaten und Kapenta – winzigen getrockneten Sardinen.

Dann bittet sie mich in ihr Haus. Es ist gemauert aus Steinen, die sie vor vier Jahren selbst gebrannt hat. Fließendes Wasser gibt es nicht, ein Plumpsklo steht hinterm Haus. Trinkwasser holen Grace und ihre Kinder aus dem einen Kilometer entfernten Hachanga. Strom gibt es auch nicht. Ihr Mobiltelefon lädt Grace an einer Autobatterie auf. Auf dem Dach hat sie eine Solarzelle angebracht, die eine Lampe im Inneren des düsteren Hauses speist. Es gibt drei Schlafzimmer mit Pritschen. Und ein Wohn- und Esszimmer mit mehreren zerschissenen Sesseln und Sofas.

Grace holt einen Wasserkanister, ich soll mir die Hände waschen. Dann betet sie: „Danke, Gott, dass du uns dieses Essen geschenkt hast.“ Sie erklärt mir, wie ich mit den Händen esse: Ich soll eine kleine Menge Nshima in die Hand nehmen und zu einer Kugel formen und diese Kugel dann in den Eintopf tunken. Nshima schmeckt ein bisschen so wie Reis, der Eintopf ist salzig, der Fisch knusprig.

„Hier bin ich glücklich“

Grace hat viele Pläne für die nächste Zeit. Erst will sie einen Hühnerstall bauen. Sie möchte Michaels Grab schöner machen. Und sie möchte alles dafür tun, dass ihr Traum vom eigenen Traktor wahr wird. Wir verabschieden uns mit einem langen Händedruck. Grace' ältesten Sohn Gift sollen wir im Auto mitnehmen. Gift will nach Lusaka, wo er als Automechaniker arbeitet. Grace hat ihm ein lebendes Huhn mitgegeben, als Vorrat. Das Huhn packt Gift ungerührt in unseren Kofferraum.

Simon sitzt schon im Auto, hat den Motor gestartet. Da sagt Grace, dass sie von den Flüchtlingen in Europa gehört habe, von den vielen Afrikanern, die übers Mittelmeer fliehen würden. Ihre Heimat verlassen, das könne sie sich nicht vorstellen. Grace sagt: „Mein Hof bedeutet mir alles. Hier werde ich einmal begraben sein. Ich will nirgendwo sonst hin. Hier bin ich glücklich.“

STIMMEN ZUR LANDWIRTSCHAFT IN VENEZUELA:

WIKIPEDIA: Land-, Forst- und Fischereiwirtschaft

Obwohl der Wald in Venezuela weit verbreitet ist, wird dieser aufgrund seiner schwierigen Zugänglichkeit nur in relativ geringem Ausmaß für die Forstwirtschaft genutzt. Nutzholz wird hauptsächlich für die Bau-, Möbel- und Papierindustrie verwendet.^[169]

Der Ackerbau spielt in Venezuelas Landwirtschaft nur eine geringe Rolle, etwa die Hälfte der Erträge der Landwirtschaft kommt aus der Rinderzucht. Große Bedeutung für die Lebensmittelwirtschaft haben die großen Fischfangflotten und die -vorkommen an der Küste Venezuelas. Gefangen werden hauptsächlich Thunfisch, Schalentiere und Sardinen.

11 Prozent der Erwerbstätigen arbeiten in der Landwirtschaft. Wichtigste Anbauprodukte sind Mais, Zuckerrohr, Bananen, Ananas, Reis, Hirse, Maniok, Kaffee, Kakao und Zitrusfrüchte. Die Haltung von Vieh, insbesondere von Rindern, Schweinen und Ziegen, ist vorwiegend in den Llanos verbreitet.

http://www.voyagesphotosmanu.com/wirtschaft_venezuela.html

Lateinamerika-Nachrichten Nummer 355 - Januar 2004:

Land und Freiheit

Von der Landwirtschaft im Erdölland

Die Agrarreform in Venezuela schreitet langsam voran

Die Landfrage gilt als ein zentraler Punkt der Regierung Hugo Chavez. Doch die Veränderung der historisch gewachsenen Verhältnisse gestaltet sich äußerst schwierig. Politische Entscheidungen scheitern an Interessenkonflikten und Blockadepolitik. Zudem fehlt der Landbevölkerung ein wirkungsvolles Sprachrohr.

In den letzten Jahren haben Polarisierung und Konfrontation die sozio-politische Szenerie Venezuelas bestimmt. Die Wahl 1998 und die Wiederwahl des ehemaligen Oberstleutnant Hugo Chávez Frias in das Präsidentenamt sowie die Reformen, die von seiner Regierung vorgeschlagen wurden, haben das Land gespalten. Die Agrarfrage spielt bei diesen Interessenskonflikten eine zentrale Rolle. Die Initiativen der Regierung in Sachen Agrarpolitik werden von weiten Teilen der ländlichen und

städtischen Bevölkerung unterstützt. Auf der anderen Seite jedoch hat die Regierungspolitik Teile der Unternehmen, der traditionellen politischen Parteien und der GroßgrundbesitzerInnen gegen sich aufgebracht.

Die Polarisierung zwischen Regierung und Opposition hat die politische Entscheidungsfähigkeit extrem eingeschränkt, so dass Kompromisslösungen und die Umsetzung der Reformen verhindert werden.

Die Wurzel der Agrarfrage

In Venezuela ist der Grundbesitz stark konzentriert. Die Latifundien bringen kaum Erträge. Tausende von Familien sind vom Landbesitz ausgeschlossen und können sich deshalb nicht an der Produktion von Lebensmitteln beteiligen. Es wird geschätzt, dass 85 Prozent der in Venezuela konsumierten Lebensmittel importiert werden. Dem Agrarsensur von 1998 zufolge gibt es 500.979 produktive Landparzellen, die zusammen 30 Millionen Hektar umfassen. Davon sind 0,98 Prozent Farmen, die größer als 1000 Hektar sind; auf diesen Latifundien konzentrieren sich 46,4 Prozent der kultivierbaren Fläche des Landes. Auf der anderen Seite bedecken Landparzellen, die kleiner sind als 10 Hektar, nur 16 Prozent der nutzbaren Fläche; 90 Prozent aller Agrarbetriebe sind solche kleinen Farmen. Anders ausgedrückt: fünf Prozent der LandbesitzerInnen kontrollieren 75 Prozent des Bodens.

Die ungleiche Verteilung von Grundbesitz hat historische und strukturelle Wurzeln. Die von Venezuela übernommenen Entwicklungsmodelle haben die Ungleichheit nur befördert. Der Übergang von einer Agrarwirtschaft zu einer Erdölwirtschaft, der in Venezuela im letzten Jahrhundert stattfand, hatte einen negativen Einfluss auf die Landwirtschaft und führte zu einer Abwanderung der ländlichen Bevölkerung in die urbanen und erdölproduzierenden Regionen des Landes.

In der Vergangenheit war die Landwirtschaft immer von staatlichen Subventionen abhängig. Aber die staatliche Unterstützung einiger landwirtschaftlicher Produkte hat weder die venezolanische Landwirtschaft entwickelt noch die ungleichen Besitzverhältnisse überwunden. Die unproduktiven Latifundien banden Land und Macht an sich und führten das Land in die Abhängigkeit von Lebensmittelimporten.

Konzentration von Landbesitz

Eine andere Folge der ungerechten Landverteilung und der fehlenden Entwicklungspolitik auf dem Lande war der Massenexodus der kleinbäuerlichen Bevölkerung und deren Proletarisierung. Im Jahre 2000 lebten 3,15 Millionen Bauern/Bäuerinnen in Venezuela. Das waren rund zwölf Prozent der Bevölkerung. Im Jahr 1957 waren es noch 37 Prozent der Bevölkerung. Diese Zunahme der Konzentration von Landbesitz vollzog sich auch durch Gewaltakte gegen Kleinbauern/bäuerinnen und indigene Gruppen.

Seit 1960 hat das Land Gesetze geschaffen und Politiken definiert, die der zunehmenden Konzentration von Landbesitz und der landwirtschaftlichen Produktion entgegenwirken sollten. Am fünften März 1960 wurde das Ley de Reforma Agraria – das Landreformgesetz – erlassen. Seitdem, bis 1993, wurden etwa zwölf Millionen Hektar Land, hauptsächlich aus der öffentlichen Hand, an 138.347 Familien verteilt. Der größte Teil dieser Familien erlangte keinen gesicherten Rechtstitel über ihre

Landparzellen, und der Staat versäumte es, ein Programm zu gestalten, dass technische Hilfe zur Verfügung stellte oder den Zugang zu Kleinkrediten ermöglichte.

Die auf dem Latifundium basierende Struktur blieb unangetastet, da der Großteil der Flächen an GroßgrundbesitzerInnen verteilt wurde. Das landwirtschaftliche Modell der „Grünen Revolution“ begünstigte die kapitalintensive Landwirtschaft. Und die Politik der Strukturanpassungsmaßnahmen, die von IWF und Weltbank propagiert wurde, reduzierte die Möglichkeiten staatlicher Einflussnahme, und verstärkte zudem die Landflucht.

Agrarreform von Hugo Chávez

Die Regierung von Hugo Chávez setzte die Agrar- und Lebensmittelfrage in das Zentrum ihrer Agenda. Zur wichtigsten Aufgabe des landwirtschaftlichen Sektors wurde die Gewährleistung der Ernährungssicherheit und -souveränität erklärt. Von nun an wurde der Staat als das entscheidende Subjekt bei der Planung der landwirtschaftlichen Lebensmittelproduktion verstanden. Bei der Umsetzung dieser Planung vollzog sich die staatliche Aktion auf drei Hauptebenen: Der Schaffung eines rechtlichen Rahmens, der institutionelle Unterstützung sowie der Umsetzung einer Umverteilung und Unterstützung für kleinbäuerliche Familien.

Dem derzeitigen verfassungsrechtlichen Agrarsystem in Venezuela liegen als zentrale Prinzipien der Antilatifundismus, die landwirtschaftliche Produktivität, die nachhaltige Landwirtschaft und die soziale Gerechtigkeit zu Grunde.

Das neue Agrargesetz

Ende 2001 wurde das Ley de Tierras y Desarrollo Agrario (Gesetz für Böden und landwirtschaftliche Entwicklung) erlassen. Es ist der Dreh- und Angelpunkt des neuen rechtlichen Rahmens, der die Landfrage in Venezuela regelt. Das Gesetz sieht die Verteilung von Land genauso vor wie einen integrierten Plan für die ländliche Entwicklung, der auf Kooperation aufbauen soll.

Als das neue Agrargesetz angenommen wurde, radikalisierten sich die Positionen der Viehzucht- und AgrarindustrieeunternehmerInnen – genauso wie bei dem neuen Fischereigesetz. Sie wurden zu den Hauptträgern der Opposition in den letzten Jahren. Die Viehzüchtervereinigung Fedenga (Federación de Ganaderos) führt die Kritik an dem neuen Gesetz an; dabei beruft sie sich vor allem auf die Verteidigung des Eigentumsrechts und der freien Initiative.

Die Menschenrechtsorganisation Provea (Programa Venezuelano de Educación-Acción en Derechos Humanos) sieht in dem neuen Gesetz einen Fortschritt im Sinne des Rechtes auf Land, glaubt aber, dass es noch verbessert werden könnte. Provea kritisiert zum Beispiel, dass das Gesetz dem Zentralstaat eine zu große Rolle zuspricht: Dieser Zentralismus beschränke die Ausführung des Gesetzes und die demokratische Partizipation bei der Entscheidungsfindung.

Die Bauernorganisation Asociación Acción Campesina sieht zwar die Notwendigkeit für eine Agrarreform, formuliert aber auch zahlreiche Kritiken am neuen Gesetz. Die Organisation widerspricht vor allem dem Entwicklungskonzept und der Ansicht, dass der Staat der Unternehmer und der Lieferant sein soll, während den eigentlichen Produzenten in den Konzepten der Regierung nur die Rolle des/der bloßen

Nutznießern zufällt.

Die starke Polarisierung zwischen Regierung und Opposition hat bislang jegliche rationale Debatte über das für und wider des neuen Gesetzes verhindert. Anfang 2002 hat die Nationalversammlung einen Revisionsprozess für das Gesetz beschlossen, der bis heute nicht abgeschlossen ist. Am 20. November 2002 annullierte das oberste Verfassungsgericht zwei Artikel des Landgesetzes, die als verfassungswidrig angesehen wurden, womit sie den Forderungen der Viehzüchtervereinigung Fedenaga teilweise nachgab.

Seit das Ley de Tierras erlassen wurde, hat die Regierung sich dafür engagiert, einen institutionellen Rückhalt für das Gesetz zu schaffen. So wurde das Nationale Landinstitut INTI (Instituto Nacional de Tierras), das Nationale Institut für ländliche Entwicklung INDER (Instituto Nacional de Desarrollo Rural) und die Nationale Landwirtschaftsvereinigung (Corporación Agraria Nacional) gegründet. Diese Institutionen konsolidieren sich noch und haben große Schwierigkeiten damit, ihre gesetzlich vorgesehenen Aufgaben zu erfüllen.

Der Plan Ezequiel Zamora

Im Februar 2003 hat die Regierung Venezuelas den Plan Zamora eingeleitet. Dieser Plan sieht eine massive Landverteilung an Kleinbauern/bäuerinnen vor, sowie Investitionen in Kredite, Bildung, Vertrieb, Häuserbau und Wasser- und Energieinfrastruktur. Der INTI zufolge sind von Februar bis August diesen Jahres 1.171.925 Hektar Land an 47.292 Personen verteilt worden. Laut Ricaurte L. Leonetti, dem Präsidenten der INTI, ist das Ziel der Regierung, bis Dezember diesen Jahres noch 2 Millionen Hektar Land, 200 Traktoren und 50 Milliarden Bolivares an Krediten zu verteilen.

Die verteilten Flächen stammen ausschließlich aus Staatsbesitz. Bis jetzt ließ die Regierung die Latifundien unangetastet. Dennoch entwickelten sich Konflikte zwischen den privaten GroßgrundbesitzerInnen, dem Staat und der Landbevölkerung.

Herausforderungen an die Agrarreform in Venezuela

Der Agrarreformprozess geht voran, aber mit Schwierigkeiten. Die Reform beschneidet die Interessen und Privilegien derer, die sie sich über Jahrhunderte bewahren konnten. Diese Kräfte haben bereits bewiesen, dass sie zu allem bereit sind, um die Agrarreform zu verhindern. Sie schrecken auch vor einem Staatsstreich nicht zurück. Die Aktionen der Opposition haben schon manche Initiative der Regierung untergraben.

Trotz aller Fortschritte bleiben viele weitere Missstände bestehen. Der exzessive staatliche Zentralismus hat die demokratische Partizipation bei der Entscheidungsfindung eingeschränkt. Wichtige soziale Akteure, die bereit waren bei einer Agrarreform mitzuarbeiten, wurden von der Regierung einfach ignoriert. Eine breitere Beteiligung von zivilgesellschaftlichen Kräften bei dem Prozess der Landreform würde unter anderem die staatlichen Interventionen besser qualifizieren und außerdem einen größeren gesellschaftlichen Rückhalt für die Agrarreform bedeuten.

Ein weitere Herausforderung für die Durchsetzung der Agrarreform ist die fehlende starke und organisierte Campesino-Bewegung. Die Regierung sieht sich keinem starken Wortführer in der ländlichen Bevölkerung gegenüberstehen. Die kleinbäuerlichen Organisationen sind noch zu klein und zu regional begrenzt. Die einflussreichste Campesino Organisation ist die Nationale Campesino Koordination „Ezequiel Zamora“. Sie besteht aus 22 Campesino- und indigenen Organisationen. Sie verbindet das Ziel, die Agrarreform zu beschleunigen und die Landflucht stoppen zu wollen. Dabei ist sie stark von der aggressiven Reaktion der Kräfte betroffen, die gegen eine Agrarreform eingestellt sind. In den letzten vier Jahren sind über 120 Campesino-AktivistInnen von Auftragsmördern getötet worden. Diese Verbrechen sind nicht bestraft worden.

Die Beendigung des Latifundiums, wie sie von dem Agrargesetz vorgesehen ist, setzt für die nächsten Jahre eine Enteignungspolitik im gesellschaftlichen Interesse voraus. Dies deutet auf eine weitere Verschärfung der Spannungen auf dem Land hin. Eine große Herausforderung für eine Regierung, die sich im permanenten Kampf um ihr politisches Überleben befindet.

Der Autor ist Koordinator für Südamerika bei der FIAN (FoodFirst Informations- und Aktionsnetzwerk)

*Übersetzung: Thilo F. Papacek
Vilmar Schneider*

<http://lateinamerika-nachrichten.de/?aaartikel=von-der-landwirtschaft-im-erdoelland>

Deutschlandfunk - 01.03.2015

Venezuela"Nie zuvor eine Krise dieser Dimension"

Eine anarchische Situation, bei der Gewalt ungeahndet bleibt, eine ausufernde Korruption. So beschrieb die venezolanische Soziologin Francine Jácome die Situation Venezuelas im Deutschlandfunk. Die Wurzel des Problems sei dabei das Wirtschaftsmodell selbst: der noch vom verstorbenen Chávez entwickelte Staatssozialismus.

Francine Jácome im Gespräch mit Peter B. Schumann

(...) Jácome: Wir bekommen heute tatsächlich die Folgen der Enteignungen ganzer Ländereien zu spüren, die Chávez vor einigen Jahren verordnet hat. Früher gehörte Venezuela zu den Selbstversorgern bei Reis, Kaffee, Zucker und Maismehl, auch beim Fleisch. Wir konnten sogar landwirtschaftliche Produkte exportieren. Viele Haciendas wurden jedoch enteignet - auf dem Weg zum sogenannten Sozialismus des 21. Jahrhunderts. Heute produzieren sie so gut wie nichts mehr, stattdessen importieren wir das alles.

Schumann: Wir führen unser Gespräch an einem illustren Ort: in der Asociación Cultural Humboldt. Sie wurde 1949 zur Pflege der deutsch-venezolanischen Beziehungen ins Leben gerufen, die Alexander von Humboldt im 19. Jahrhundert mit seinen Forschungen begründet hatte. Wir sitzen in einem Saal, der im Stil einer

klassischen Bibliothek eingerichtet wurde. Das idyllisch gelegene Gebäude in den Hügeln von San Bernardino ist gut gesichert durch eiserne Gittertore, Mauern mit einer Stacheldraht-Krone und einem ständigen Wachposten an der Straßenseite. Nötige Vorkehrungen gegen die hohe Kriminalität in besseren Vierteln. Doch von Mangelwirtschaft spürt man hier nichts.

Jácome: Auf der Straße ist sie weniger sichtbar, es sei denn, man trifft auf eine Menschenschlange vor einem Laden. (...)

Schumann: Was mich bei dieser Mangelwirtschaft besonders wundert, ist die Tatsache, dass dieses tropische Land mit einer fruchtbaren Erde seine Bevölkerung nicht ausreichend ernähren kann. Sie haben die Enteignungen als Grund erwähnt, Frau Jácome. Hat nicht auch der frühere Ölreichtum die Agrarproduktion reduziert?

Jácome: Das haben wir uns auch immer wieder gefragt. Wieso konnten wir in diese Wirtschaftskrise geraten, obwohl das Fass Öl bis ins letzte Jahr rund 100 Dollar kostete? Das ist völlig unbegreiflich. Aber die Regierung hat sich die Enteignungen von Haziendas geleistet, die den Mais für unsere Arepas und Gemüse und Früchte angebaut haben, selbst auf die Gefahr hin, dass es zu Produktionsausfällen kommen würde. Sie konnte es sich damals leisten, alles Nötige zu importieren. Doch heute ist das völlig unmöglich.

Schumann: Der Lebensmittelmangel - ist er auf das Versagen der Regierung Maduro zurückzuführen oder eine Folge falscher Politik in den 13 Regierungsjahren von Hugo Chávez?

"Wurzel des Problems ist das Wirtschaftsmodell"

Jácome: Die Wurzel des Problems ist das Wirtschaftsmodell: die Politik der Regierung, alles kontrollieren, ihrem Projekt unterordnen zu wollen, ein Modell, das den Einfluss der Privatwirtschaft auf ein Minimum reduziert, die Marktwirtschaft allmählich abschafft und eine Staatswirtschaft errichten will. Dieses Modell haben wir in anderen Ländern scheitern sehen, in der Sowjetunion, in ganz Osteuropa, es funktioniert einfach nicht. Chávez wollte das nicht einsehen, denn er hielt sein Modell für überzeugend. Wir hatten deshalb gewisse Hoffnungen auf Präsident Maduro gesetzt, dass er die überfälligen Reformen einleiten würde. Doch er hat ein fundamentales Problem: Er ist schwach, gemessen an seinem Vorgänger Chávez. Wenn er Veränderungen an diesem Modell hätte durchführen wollen, dann hätte dies bedeutet, dass Kommandant Chávez sich geirrt hat, und von der Figur Chávez hängt er völlig ab.

Schumann: Aber dieses Modell - nennen wir es mal sozialistisch - funktioniert doch in gewisser Weise in anderen Ländern: in Ecuador beispielsweise, auch in Bolivien. Liegt das daran, dass in Venezuela die Operationsbasis für Unternehmen - für den sogenannten kapitalistischen Sektor - zu stark reduziert wurde?

Jácome: Ich teile zunächst nicht die Ansicht, dass es sich hier um ein sozialistisches Modell handelt. Das ist Staatskapitalismus. (...)

Äußerungen unserer Gesprächspartner geben deren eigene Auffassungen wieder. Der Deutschlandfunk macht sich Äußerungen seiner Gesprächspartner in Interviews und Diskussionen nicht zu eigen.

**Amerika 21 – Nachrichten und Analysen aus Lateinamerika
Philipp Zimmermann - 03.03.2016**

Venezuela will Landwirtschaft ankurbeln

Nahrungsmittelproduktion soll massiv gesteigert werden. Einbezug der Streitkräfte. Schwerpunkt auf städtischem Anbau von Lebensmitteln

Caracas. Venezuelas Regierung hat einen Plan zum Ausbau der Landwirtschaft vorgestellt. Der "Agrarplan Zamora Bicentenario 2013-2019" sieht zahlreiche Maßnahmen zur Erhöhung der Nahrungsmittelproduktion vor. Besonderes Augenmerk gilt der städtischen Landwirtschaft und dem Einbezug lokaler Gemeinschaften sowie der Streitkräfte des Landes in die Produktion.

Durch die enge Zusammenarbeit von über 5.000 Bauern mit staatlichen Institutionen und einer speziellen Einheit der Streitkräfte (AgroFanb) soll in der Landwirtschaft und der Fischerei die Produktion angekurbelt werden. Für 2016 wird eine Steigerung der einheimischen Nahrungsmittelproduktion um über eine Million Tonnen erwartet. Damit erhofft die Regierung die schwierige Versorgungslage in dem südamerikanischen Land zu entschärfen. Zudem will sie die Abhängigkeit von Nahrungsmittelimporten verringern.

Die Spezialeinheit der Nationalen Bolivarischen Streitkräfte wird vor allem bei der Urbarmachung neuer Ländereien eingesetzt. Sie stellt in Absprache mit Bauern und lokalen Gemeinschaften Infrastruktur zur Verfügung. Im Bundesstaat Guárico wird zudem ein Flugplatz der Luftwaffe zur Produktion von Kaffee umgewidmet. In einigen Regionen werden hohe Militärs auch direkt die Verantwortung für die Produktion tragen. Dies unterstreicht die hohe strategische Bedeutung, welche die Regierung von Präsident Maduro der Produktionsoffensive in der Landwirtschaft beimisst.

Landwirtschaftsminister Wilmar Castro Soteldo betont die sozialpolitische Bedeutung des Engagements des Militärs in der Nahrungsmittelproduktion. Vormalig seien die Streitkräfte für Repression gegen die Bevölkerung verantwortlich gewesen, heute nähmen sie eine wichtige und solidarische Rolle in der wirtschaftlichen Entwicklung ein, sagte Castro Soteldo.

Ein Schwerpunkt des Programms liegt auf der städtischen Nahrungsmittelproduktion. Das Regierungsprogramm "100 Tage für die städtische Aussaat" (100 Días para la Siembra Urbana) sieht vor, dass auf über 1.000 Hektaren in städtischen Gebieten Lebensmittel produziert werden. Die Ministerin für städtische Landwirtschaft, Lorena Freitez, erhofft sich davon eine kurzfristige Ertragssteigerung um 30.000 Tonnen.

In einem ersten Schritt werden von lokalen Gemeinschaften und mit Unterstützung des Ministeriums Produkte wie Tomaten, Gurken, Zwiebeln, Karotten, Salat, Zucchini, Rote Bete, Mangold, Koriander, Paprika und Chili angebaut. Damit soll künftig der Bedarf von 20 Prozent der Bevölkerung in den acht größten Städten Venezuelas (Barcelona, Barquisimeto, Caracas, Los Teques, Maracaibo, Maracay, Mérida und Valencia) mit landwirtschaftlichen Produkten aus lokaler Produktion gedeckt werden.

Das explizite Ziel der Regierung ist es, eine produktivere nationale Wirtschaft aufzubauen und die einseitige Abhängigkeit von Erdölexporten zu verringern. Gleichzeitig soll der Selbstversorgungsgrad bei wichtigen Lebensmitteln erhöht werden. Venezuela führt immer noch einen großen Anteil der verbrauchten Lebensmittel aus dem Ausland ein.

Präsident Maduro hatte erst im Januar das neue Ministerium für städtische Landwirtschaft geschaffen, um die Versorgung mit einheimischen Frischprodukten zu verbessern.

Tagesschau – 31.7.2017

Kritik an Wahl in Venezuela

"Weder frei noch geheim noch gleich"

Deutschland und die EU haben die Wahl in Venezuela scharf kritisiert. Die verfassungsgebende Versammlung könne die politische und wirtschaftliche Krise des Landes nicht beenden. Die USA sowie sechs lateinamerikanische Staaten wollen die Wahl nicht anerkennen.

Die Bundesregierung rechnet damit, dass sich die Krise in Venezuela nach der Wahl der verfassungsgebenden Versammlung weiter verschärft. "Die Wahl der Delegierten war weder frei noch geheim noch gleich und verstieß somit gegen demokratische Grundprinzipien", sagte ein Sprecher des Auswärtigen Amtes in Berlin.

Deutschland bedauere, dass die Regierung von Präsident Nicolás Maduro die Wahl trotz des Widerstands der eigenen Gesellschaft und der ausdrücklichen Warnungen aus dem Ausland nicht abgesagt habe. Dieser Schritt habe das Land weiter gespalten und die demokratische Ordnung geschwächt.

Die neue Versammlung sei nicht geeignet, die politische und wirtschaftliche Krise des Landes zu beenden, so der Sprecher. Notwendig wären stattdessen Gespräche zwischen Regierung und Opposition - unter Beteiligung von Vermittlern aus der Region.

"Unverhältnismäßiger Einsatz von Gewalt"

Auch die EU äußerte scharfe Kritik an der Wahl für einen Umbau der Verfassung. "Eine verfassungsgebende Versammlung, die unter fragwürdigen und oft sogar gewaltsamen Umständen gewählt wurde, kann nicht Teil der Lösung für die derzeitige Krise sein", sagte eine Sprecherin der EU-Außenbeauftragten Federica Mogherini in Brüssel.

Die EU verurteile den übermäßigen und unverhältnismäßigen Einsatz von Gewalt durch die Sicherheitskräfte. Die Regierung des Landes sei dafür verantwortlich, die Achtung der grundlegenden Menschenrechte und der venezolanischen Verfassung sicherzustellen. Dazu gehörten auch das Recht auf freie Meinungsäußerung sowie auf friedliche Demonstrationen.

Zuvor hatten schon die USA sowie Mexiko, Kolumbien, Panama, Argentinien, Costa Rica und Peru angekündigt, die Ergebnisse der Wahl nicht anzuerkennen. "Die betrügerische Wahl von Maduro ist ein weiterer Schritt in Richtung Diktatur. Wir akzeptieren keine unrechtmäßige Regierung", sagte die UN-Botschafterin der USA, Nikki Haley.

Maduro wertet Wahl als Erfolg

Trotz der Proteste und Ausschreitungen mit zahlreichen Toten hat der venezolanische Präsident Nicolás Maduro die Abstimmung als Erfolg gewertet. "Wir haben eine verfassungsgebende Versammlung", sagte der Staatschef in Caracas vor Hunderten Anhängern. Es sei die "größte Abstimmung für die Revolution".

Mehr als acht Millionen Venezolaner hätten ihre Stimme abgegeben, das seien 41,5 Prozent der Wahlberechtigten, teilte die Chefin der Nationalen Wahlkommission, Tibusy Lucena, mit. Insgesamt hatten sich etwa 50.000 Menschen um einen Sitz in der verfassungsgebenden Versammlung beworben, etwa 6100 Kandidaturen wurden für gültig erklärt. Die Kriterien für die Zulassung zur Wahl waren von Maduro aufgestellt worden.

Opposition wirft Staatschef Betrug vor

Laut der Opposition entsprechen die angegebenen Zahlen zur Wahlbeteiligung nicht der Wahrheit. Sie seien viel zu hoch. Die Opposition hatte zuvor für einen Boykott der Abstimmung geworben. Sie läuft seit Wochen Sturm gegen das Projekt, konnte Maduro mit ihren Massenprotesten und zwei Generalstreiks aber nicht zum Einlenken bewegen. Die Regierungsgegner werfen Maduro vor, sich durch die neue Verfassung "diktatorische Vollmachten" sichern zu wollen.

Die Wahl wurde von heftigen Ausschreitungen begleitet. Mindestens acht Menschen wurden seit Samstagabend getötet, wie die Justizbehörden mitteilten. Die Opposition gab die Zahl der Todesopfer mit 15 an.

Amerika 21 - 01.08.2017 Deutschland / EU / Venezuela / Politik

Wahlen in Venezuela provozieren internationale Debatte

Kritik von Bundesregierung und EU. Internationale Wahlbegleiter bestätigen sauberen Ablauf der Abstimmung. USA verhängen Sanktionen gegen Präsident Maduro

Von [Eva Haule](#), [Christian Kliver](#), [amerika21](#)

Caracas/Berlin/Brüssel. Die Bundesregierung geht davon aus, dass sich die Krise in Venezuela nach der Wahl der verfassungsgebenden Versammlung weiter zuspitzt. "Die Wahl der Delegierten war weder frei noch geheim noch gleich und verstieß somit gegen demokratische Grundprinzipien", hieß es aus dem Auswärtigen Amt am Montag. Deutschland bedauere, dass die Regierung von Präsident Nicolás Maduro die Wahl trotz Kritik im eigenen Land und Warnungen aus dem Ausland nicht abgesagt habe. Dieser Schritt habe das Land weiter gespalten und die demokratische Ordnung geschwächt, heißt es in der online verbreiteten Mitteilung. Die Wortwahl entspricht früheren Stellungnahmen der Bundesregierung zum Thema.

Die Europäische Union hat den venezolanischen Sicherheitskräften indes vorgehalten, den Protesten mit "exzessiver und unverhältnismäßiger Gewalt" begegnet zu sein. Zugleich kritisierte der Europäische Auswärtige Dienst zu Wochenbeginn den Ablauf der Wahl. "Eine Verfassungsversammlung, die unter zweifelhaften und oft gewaltsamen Umständen gewählt wurde, kann nicht Teil der

Lösung" der gegenwärtigen Krise sein. Die EU griff damit die Argumentation der venezolanischen Opposition auf, die Todesopfer einseitig der Regierung anlastet. Untersuchungen venezolanischer Behörden, nach denen militante Demonstranten für zahlreiche Tote verantwortlich sind, wurden nicht beachtet. Aus der EU-Kommission hieß es zudem, es gebe ernsthafte Bedenken, ob das Wahlergebnis überhaupt anerkannt werden könnte.

Das Ergebnis vom Sonntag dokumentiere, "dass es Chancen für eine demokratische Neugestaltung in Venezuela gibt. Diese sollten dringend ergriffen werden", heißt es dagegen in einer [Pressemitteilung](#) der Linksfraktion im Bundestag am Montag. Wolfgang Gehrcke, stellvertretender Fraktionsvorsitzender [betont](#), "ein kluge Opposition und eine kluge Regierung würden jetzt erneut in einen Verhandlungsprozess eintreten. Dazu ist Präsident Maduro offensichtlich bereit, die Opposition nicht." Stellungnahmen aus den USA, aus verschiedenen lateinamerikanischen Ländern und der EU würden die Opposition ermuntern, jetzt eine Entscheidungsschlacht auf der Straße zu suchen. Ähnlich äußerte sich die stellvertretende Fraktionsvorsitzende Heike Hänsel. Die in den vergangenen Wochen und Monaten zu beobachtende einseitige Einflussnahme der Bundesregierung zugunsten der Opposition drohe die Krise in Venezuela weiter zu vertiefen, schrieb sie. Rechte Gewalttäter, von denen sich das oppositionelle Parteienbündnis Tisch der demokratischen Einheit (MUD) nach wie vor nicht glaubhaft distanziert habe, fühlten sich dadurch zur Gewalt ermutigt. "Die Bundesregierung und ihre Bündnispartner gießen damit weiter Öl ins Feuer", so Hänsel.

Das Netzwerk Cuba, ein Zusammenschluss von rund 40 Organisationen der Solidaritätsbewegung und Entwicklungshilfe, verwies indes darauf, dass die "im Hinter- bzw. Untergrund agierenden USA bereits maßgeblich am Putsch (in Venezuela im April) 2002 beteiligt" waren. Washington lasse nichts unversucht, um die Regierung in Venezuela zu schwächen, zu unterminieren und zu stürzen. "Neben direkter, verdeckter Unterstützung der Opposition erfolgt von Seiten der USA keinerlei Anstrengung, zur Deeskalation beizutragen – im Gegenteil wird eskaliert", heißt es in dem am Montag online verbreiteten Schreiben. Nach Ansicht des Netzwerks geht es den USA "neben anderen Eigeninteressen um die Zerstörung der Süd-Süd-Kooperation in Lateinamerika", die sich in Organisationen wie der Bolivarischen Allianz (Alba), der Gemeinschaft der Lateinamerikanischen und Karibischen Staaten (Celac), dem Gemeinsamen Markt des Südens (Mercosur) und anderen Verbänden niederschläge. Mit dem Sturz der Regierung in Caracas würde zudem "ein stabiles und von den US-Eliten gehasstes Land wie Kuba indirekt sehr hart getroffen."

Die am Sonntag anwesenden 43 internationalen Wahlbegleiter haben unterdessen "die Regierungen und Völker der Welt" [aufgerufen](#), "den Willen der venezolanischen Bevölkerung zu respektieren, der sich in diesen Wahlen ausgedrückt hat". In einem Kommuniqué, das zusammen mit dem technischen Bericht an den Wahlrat CNE übergeben wurde, hat die vom CNE eingeladene Gruppe aus politischen Experten, Parlamentariern, Indigenen, Kleinbauern, Arbeitern und Vertretern von Wahlorganismen aus Europa, Lateinamerika und Nordamerika betont, das Recht auf Souveränität und Selbstbestimmung der Völker müsse respektiert werden. Zugleich verurteilte sie die "gigantische internationale Medienkampagne gegen die venezolanische Demokratie", die darauf abziele, Mechanismen für eine ausländische Intervention, einschließlich der militärischen Option zu schaffen. Die Wahlbehörde habe mit "Ethik und Transparenz" die geheime Wahl sowie die Zuverlässigkeit der

Übertragung und Überprüfung der Daten sichergestellt. Das Wahlsystem des Landes sei in jeder Phase nachprüfbar und habe sich in 20 nationalen Wahlen als "sauber" bewährt.

Am Montagabend wurde bekannt, dass die Regierung von US-Präsident Donald Trump **Sanktionen** gegen Venezuelas Präsidenten verhängt hat: mögliches Vermögen, auf das die USA Zugriff haben, würde eingefroren, Geschäftsbeziehungen mit ihm verboten. Die "illegitimen Wahlen bestätigen, dass Maduro ein Diktator ist, der den Willen des venezolanischen Volkes missachtet", **kommentierte** US-Finanzminister **Steven Mnuchin** die Maßnahme. "Indem wir Maduro sanktionieren, machen die USA ihre Position zur Politik des Regimes und unsere Unterstützung für die Venezolaner klar, die ihr Land zu einer vollen und blühenden Demokratie zurückführen wollen", so der Millionär und frühere Investmentbanker.

Venezuelas Präsident **wertete** die Entscheidung als "Zeichen der Ohnmacht, der Verzweiflung und des Hasses" der US-Regierung und als "wütende Reaktion, weil das Volk und der Präsident von Venezuela den Befehl nicht befolgt haben", den Verfassungskonvent abzusagen. Er werde niemals "imperialen Befehlen gehorchen", so Maduro.

Wikipedia: Deutscher Bauernbund (DBB)

... Im Zuge der Wiedervereinigung Deutschlands entstanden aus der SED-nahen *Vereinigung der gegenseitigen Bauernhilfe (VdgB)* die neuen Landesbauernverbände. Sie wurden in den **Deutschen Bauernverband** aufgenommen. Daneben entwickelten sich private, freie Bauernverbände. Sie schlossen sich 1992 im *Deutschen Landbund* zusammen. Nachdem dieser durch interne Differenzen zerfallen war, gründete die Mehrzahl der privaten Verbände im Juni 1999 den *Deutschen Bauernbund*. Er setzt sich nach eigenen Angaben für Chancengleichheit und soziale Gerechtigkeit beim Umstrukturierungsprozess der ostdeutschen Landwirtschaft ein und lehnt eine weitere Industrialisierung der **Landwirtschaft** ab.

Zurzeit gehören ihm an:

- Bauernbund (ehemals „Landvolkverband“) Sachsen-Anhalt e. V.
- Bauernbund (ehemals „Landbund“) Sachsen e. V.
- Bauernbund (ehemals „Landbund“) Mecklenburg-Vorpommern e. V.
- Bauernbund (ehemals „Verband unabhängiger privater Bauern und Landeigentümer“) Thüringen e. V.
- Heimatverdrängtes Landvolk e. V.

Der Bauernbund Brandenburg e. V. (ehemals Deutscher Landwirte Verband Brandenburg e. V.) trat Ende 2016 aus dem Deutschen Bauernbund aus:

Marco Hintze neuer Bauernbund-Präsident
Erstellt: Mittwoch, 15. Februar 2017

Marco Hintze ist neuer Präsident des Bauernbundes Brandenburg. Der 44jährige Landwirt aus Krielow bei Werder tritt damit die Nachfolge von Karsten Jennerjahn an, der sechzehn Jahre lang an der Spitze des Berufsstandes gestanden hatte. „Ich will den erfolgreichen Kurs meines Vorgängers fortsetzen, den Bauernbund als Interessenvertretung der privaten Bauern zu profilieren“, sagte Hintze, der auf 560 Hektar Ackerbau, Mutterkuhhaltung und Färsenmast betreibt: „Brandenburg braucht nicht wenige große, sondern viele starke Betriebe.“

Die Teilnehmer der heute in Schönwalde (Wandlitz) stattfindenden Hauptversammlung dankten dem scheidenden Präsidenten mit lang anhaltendem Beifall für seinen Einsatz. In dessen Amtszeit habe sich die Mitgliederzahl des Bauernbundes fast verdreifacht auf inzwischen 430, blickte Geschäftsführer Reinhard Jung zurück und hob die intensive inhaltliche Arbeit im Vorstand hervor: „Aus dem Protest gegen die Benachteiligung bäuerlicher Familienbetriebe wurde unter Karsten Jennerjahn ein umfassendes und wohl begründetes agrarpolitisches Programm.“

Neben Jennerjahn kandidierten auch die langjährigen Mitglieder Herbert Matthes und Gerd Schiele nicht mehr. Neu in den Vorstand gewählt wurden Hans-Jürgen Paulsen aus Zollchow in der Uckermark und Carlo Horn aus Kagel im Landkreis Oder-Spree. Die übrigen zehn Vorstandsmitglieder wurden im Amt bestätigt.

Klamroth als Präsident des Deutschen Bauernbundes wiedergewählt

Top agrar 19.07.2017 - Alfons Deter

Die Landesverbände des Deutschen Bauernbundes haben auf ihrer Mitgliederversammlung satzungsgemäß in geheimer Wahl einstimmig Präsident Klamroth in seinem Amt bestätigt.

Als Vizepräsidenten wurden Eckart Weirich (Präsident Landesverband Thüringen) und Bernd Roder (Präsident Landesverband Sachsen) sowie Jochen Dettmer als dritter Vizepräsident gewählt. Ebenso wurde Henning Wiersdorff als Schatzmeister bestätigt.

Topagrar.com - Lesen Sie mehr auf: <https://www.topagrar.com/news/Home-top-News-Klamroth-als-Praesident-des-Deutschen-Bauernbundes-wiedergewaehlt-8414046.html>

Wechsel in Sachsen-Anhalt

Jochen Dettmer, Landwirt in Belsdorf (Bördekreis) will sein Amt als BUND-Agrarsprecher niederlegen und im September als Präsident für den **Bauernbund Sachsen-Anhalt** kandidieren. Amtsinhaber Kurt-Henning Klamroth steht der Interessenvertretung von bäuerlichen Familienbetrieben seit der Gründung im Jahre 1990 vor. Bis 1999 hieß sie „Landvolkverband Sachsen-Anhalt“.

Antenne Bayern - 01.08.2017 | Guten Morgen Bayern

Begleitfahrzeug-Pflicht für Mähdrescher: Hier mitmachen und Landwirten helfen!

Ab sofort sind in einigen bayerischen Landkreisen Begleitfahrzeuge für Mähdrescher Pflicht. Hier können Sie sich eintragen, um Landwirte und ihre Mähdrescher mit Ihrem privaten Auto zu begleiten. Bayern helfen Bayern!

In einigen bayerischen Landkreisen ist ein Mähdrescher-Begleitfahrzeug ab sofort Pflicht! Der Grund dafür sind die schweren Unfälle in der vergangenen Zeit. Am 21. Juli 2015 ist beispielsweise ein 23-jähriger Motorrad-Fahrer im Kreis Haßberge in das Schneidwerk eines Mähdreschers gekracht, aber auch mitten im Rapsfeld haben sich schon einige Horror-Szenarien in Bayern abgespielt. Der Landkreis Haßberge möchte deshalb mit der neuen Regelung gemeinsam mit Schweinfurt ein Zeichen setzen, denn derzeit sind die Mähdrescher Tag und Nacht unterwegs und mähen wie verrückt - genau deshalb brauchen wir so viele **freiwillige Begleiter** wie nur möglich.

Die Verordnung gibt es derzeit noch nicht bayernweit

Es sind nicht alle bayerischen Landkreise betroffen. In den Kreisen Hof, Bamberg, Schweinfurt, Lichtenfels und Haßberge sind die Begleitfahrzeuge zum Beispiel schon Pflicht. Wenn Sie als Landwirt unter die Begleitfahrzeug-Pflicht fallen, bekommen Sie einen schriftlichen Hinweis von ihrem Landratsamt.

Sie sind Landwirt & benötigen Hilfe? SCHREIBEN SIE UNS!

ANTENNE BAYERN sucht freiwillige Mähdrescher-Begleiter

Wenn Sie einen professionellen Begleiter buchen, kann das schnell teuer werden. Die neue Regelung hat jedoch einen Vorteil: Zur Begleitung reicht sogar ein privater Autofahrer. Genau deshalb haben wir uns etwas Besonderes überlegt!

Ganz unter dem Motto "Bayern helfen Bayern" suchen wir freiwillige Menschen, die die Landwirte mit ihren Mähdreschern - also vielleicht auch bald Sie - mit ihren privaten Autos begleiten wollen. Möchten Sie den verzweifelten Landwirten helfen? Dann tragen Sie sich doch gleich in unser **Formular unten** ein und helfen Sie mit! Was Sie darüber wissen müssen, sehen Sie in unserer **Bildergalerie**.

TRAGEN SIE SICH HIER IN DAS FORMULAR EIN UND HELFEN SIE MIT

<http://www.antenne.de/programm/sendungen/guten-morgen-bayern/maehdrescher-begleitfahrzeug-in-einigen-landkreisen-pflicht-wir-helfen-ihnen-mit-unserer-online-plattform-fuer-freiwillige-begleitfahrzeug-fahrer>

Bayerisches Ldw. Wochenblatt - Michael Ammich, 31.07.2017:
Viele Betriebe stellen auf Bio um

Rund 50 Landwirte nahmen an der Führung durch die 39 Versuchsparzellen teil. Der Mangel an Ökofuttergetreide und die damit verbundenen hohen Preise lassen jetzt auch so manchen konventionellen Ackerbauern an eine Umstellung auf den ökologischen Landbau.

Aichach - Die Nachfrage nach Bioprodukten boomt, aber das Angebot hinkt hinterher. Allerdings sehen immer mehr konventionelle Landwirte im Biomarkt eine Chance, dem börsendiktierten und daher schwankenden Preisgefüge zu entkommen.

Inzwischen denken auch größere Ackerbaubetriebe in Schwaben über eine Umstellung auf den ökologischen Landbau nach, erklärte Franz Högg vom AELF Kaufbeuren auf einer Feldbegehung beim Ökobetrieb Kreppold nahe Sielenbach. Darauf stellt sich auch die Vermarktungsgesellschaft Bio-Bauern mbH in Aichach ein, indem sie ihr Lagernetz zur Erfassung der Ernten erweitert.

Ein halbes Hektar umfassen die 26 Winterweizen- und 13 Dinkelversuchsparzellen, durch die Högg, Leiter des Fachzentrums Ökologischer Landbau am AELF Kaufbeuren, rund 50 Landwirte führte. (...)

Nicht tot zu kriegen ist offenbar die Meinung vieler konventioneller Landwirte, dass das Ökogetreide aufgrund der fehlenden Fungizidbehandlung stärker mit Mykotoxinen belastet sei als konventionelles. Hier widerspricht Berater Erhard Gapp vom Bioland-Erzeugerring Bayern ganz energisch und verweist auf entsprechende Untersuchungsergebnisse des baden-württembergischen Ministeriums für Ländlichen Raum und Verbraucherschutz. So wurde im Ökomonitoring 2013 festgestellt, dass der DON-Gehalt in konventionellen Produkten im Mittel fast doppelt so hoch war wie in ökologischen Produkten. Dass Ökogetreide auch ohne Fungizideinsatz deutlich weniger mit Mykotoxinen belastet ist, schreibt Gapp der vielfältigen Fruchtfolge der Biobetriebe zu.

In Schwaben sind es 1755 Ökobetriebe

Högg zufolge wächst die Zahl der Ökobetriebe in Schwaben kontinuierlich an. Kamen 2015 bereits 114 neue Ökobetriebe hinzu, so waren es ein Jahr später 203 und im vergangenen Jahr noch einmal 205 Betriebe. Damit beläuft sich die Gesamtzahl der schwäbischen Biobetriebe derzeit auf 1755. Besonders erfreulich für Högg: Jetzt denken auch immer mehr Ackerbaubetriebe an eine Umstellung. Diese Entwicklung führt Högg auf die gute Nachfrage nach Ökogetreide zurück. Vor allem biologisch wirtschaftende Grünlandbetriebe, die selbst kein Krafffutter erzeugen können, leiden immer mehr unter dem mangelnden Angebot. Eine zunehmend größere Rolle spielt der Direktbezug von Krafffutter aus anderen Öko-Betrieben.

Dass in Nordschwaben deutlich weniger Milchviehbetriebe auf Bio umstellen als im

südlichen Regierungsbezirk, führt Högg auf den intensiven Ackerbau zurück. „Wo es viel Mais in der Fruchtfolge gibt, ist die Umstellung weniger attraktiv.“ Dass immer mehr Ackerbauern auf den ökologischen Landbau schielen, muss angesichts der guten Preise für Ökogetreide nicht verwundern. Während sich der Deckungsbeitrag für einen Hektar konventionellen Weizen mit einem Ertrag von 90 dt im letzten Jahr bei 435 € bewegte, lag er für den Hektar Ökoweizen trotz eines Ertrags von nur 45 dt bei stolzen 1091 €. „Für einen Getreidebaubetrieb kann die Umstellung auf Öko also höchst interessant sein“, stellt Högg fest.

Bio-Bauern mbH in Aichach: Umsatz steigt

Im Anschluss an die Versuchsführung gab Geschäftsführer Andreas Hopf einen Überblick über den Öko-Markt und die Entwicklung der Vermarktungsgesellschaft Bio-Bauern mbH in Aichach. Deren Umsatz bewegte sich 2016 bei 19,2 Mio. €, das sind 3,1 Mio. € mehr als im Vorjahr. Die Gesellschaft vermarktete rund 30 000 t Druschfrüchte, 6000 t Biokartoffeln und 3000 t Ökosaatgut.

„Wir halten an unserem Ziel fest, den heimischen Öko-Anbau durch attraktive Vermarktungsangebote zu fördern“, bekräftigt Hopf mit Blick auf die Ansicht vieler Experten, die eine Versorgung des wachsenden deutschen Biomarkts ohne Importe für unmöglich halten. Die Vermarktungsgesellschaft Bio-Bauern mbH leistet einen Beitrag zur Förderung des heimischen Ökolandbaus. So verfügt sie mittlerweile über ein Netz aus neun Hauptlagern, in denen ein Großteil der Biogetreidearten erfasst wird. Ab der Ernte 2017 bietet sie zusätzliche Lager in Geiselhöring bei Straubing und Remlingen im Main-Spessart-Kreis an. Für Transparenz und Sicherheit sorgt die Veröffentlichung der Vorvertragspreise.

Derzeit erhalten die Bauern bei einer Lieferung ab Oktober frei Abnehmer folgende Preiszusagen: E-Weizen 48,50 €, A-Weizen 43 €, Futterweizen 36 €, Dinkel im Spelz 42 €, Roggen 35 €, Braugerste 40,50 €, Futtergerste 33 €, Hafer 34 €, Triticale 32 €, Speisekörnermais 43 €, Futterkörnermais 36 €, helle Erbsen 45 €, Ackerbohnen 44 €, Speisesojabohnen 91 €, Futtersojabohnen 80 € und Sonnenblumen 75 €. Bei Verträgen mit einer Lieferung zur Erntezeit gibt es einen Ernteabschlag von jeweils 2 € pro Dezitonne. Die Preise für Umstellungsware bewegen sich zwar unter denen für Ökoware, können sich aber im Vergleich zu konventionellen Produkten noch sehen lassen: Futterweizen 32 €, Futtergerste 30,50 €, Triticale 30 €, Futterkörnermais 33 €, helle Erbsen 43,50 €, Ackerbohnen 41,50 € und Futtersojabohnen 75 €.

Dinkelpreise derzeit nicht befriedigend

Abgesehen vom Dinkel sind alle Ökogetreidearten sehr gefragt, bestätigt Hopf. Während die Verarbeiter ab Februar mit Hafer überwiegend versorgt waren, hält die Nachfrage nach Roggen, Braugerste und Weizen aus ökologischer Erzeugung an und sorgt für hohe Preise. Weil Futtergetreide fehlt und zugleich die Dinkelernte 2016 größer war als der Verbrauch, gingen in den vergangenen Monaten in Deutschland große Mengen Dinkel an die Tierfütterung. So sind die Dinkelpreise derzeit für die Biobauern nicht befriedigend.

Die Lücke bei der Futtermittellieferung der tierhaltenden Ökobetriebe wird immer größer. Deshalb sahen sich die Ökoverbände dazu gezwungen, auch viele Nicht-

Verbands-Partien zuzulassen. Um die Versorgung sicherzustellen, erhielten neue Futtermittelanbieter und -getreidehändler Verträge. „Unsere Erzeugergemeinschaft sieht diese Entwicklung kritisch“, sagt Hopf. „Eine Umstellung ohne ausreichende Futtergrundlage steht eigentlich im Widerspruch zu den Grundsätzen des Bio-Landbaus.“ Immerhin, der Mangel an ökologisch erzeugtem Futter führte zu einem deutlichen Preisanstieg, was vor allem den Umstellern nutzt.

Futtergetreide wird für die tierhaltenden Ökobetriebe knapp bleiben. „Wir benötigen neben Weizen und Triticale immer mehr Gerste“, so Hopf. Großer Bedarf besteht auch an Qualitätsweizen mit hohen Eiweiß- und Feuchtklebergehalten. Deshalb ist zu erwarten, dass der Aufschlag für Kleber auch für die Ernte 2018 spürbar höher sein wird als bisher.

Gefragt ist auch fallzahlschwacher Roggen von Populationssorten aus bayerischer Herkunft. Trotz der schwächeren Preise sollte Dinkel weiter angebaut werden, mit etwas reduzierten Flächen, da Hopf aus der Ernte 2017 mit großen Mengen rechnet. Im Bereich der Sommerungen sucht die Vermarktungsgesellschaft Bio-Bauern mbH Anbauer von Braugerste, Ölsaaten wie Sonnenblumen, Lein, Leindotter oder Raps, von Hafer, Körnermais, Sojabohnen, Futtererbsen, Ackerbohnen und Lupinen. Gut vermarktbar Früchte aus der Umstellung sind Weizen, Triticale, Gerste, helle Erbsen, Ackerbohnen und Körnermais. Darauf sollten Betriebe, die 2018 noch in der Umstellungsphase sind, bei der Anbauplanung achten.

Okolandbau-Termine in Schleswig-Holstein:

03.08.2017

Blühflächenbegehung

Noch 330 Blühpaten gesucht

Einst war es ein Hain mit Nussbäumchen, jetzt ist es Dorf mit 250 Einwohnern, zehn...

Nutteln | Hauke Hintz

05.08.2017

Kleine Hofführung: "Unsere Landwirtschaft"

Bei dieser Hofführung wird Ihnen Martin Grunert einen interessanten Einblick in die Praxis unseres Ackerbaus geben und...

Tangstedt/Hamburg | Gut Wulksfelde

18.08.2017

Open Air Kino vor der Gläsernen Molkerei mit Bewirtung

Film ab: Auf der Wiese vor der Gläsernen Molkerei in Dechow ist auch in diesem Jahr wieder das norddeutsche Freiluftkino...

Münchehofe | Gläserne Molkerei GmbH

19.08.2017

Kleine Hofführung: "Vielfalt nach Wulksfelder Art"

Der Biolandbau ist lebendig und vielseitig und das spiegelt sich in unseren unterschiedlichen Unternehmensbereichen...

Tangstedt/Hamburg | Gut Wulksfelde

29.08.2017

Neue Düngeverordnung - Was kommt auf die Öko-Betriebe zu?

Auch vor dem Hintergrund der Sicherung der Agrarprämien ist es wichtig, die amtlichen Vorgaben bereits ab Herbst 2017...

Rendsburg | LKSH-Gebäude

30.08.2017

Diverse Mulchsysteme für Reihenkulturen im Öko-Anbau

Zielgruppen: Landwirte
Veranstaltungstyp: Workshop

Schinkel | Wurzelhof

02.09.2017

Tag der offenen Tür auf dem Marienhof

Treckerrundfahrten, Tombola, Reitvorführungen, Bio-Gemüseverkauf, Aktivitäten für Kinder und Erwachsene, Leckerer für...

Rendsburg | Marienhof

05.09.2017

Qualitäts- und Herkunftssicherung – welche Möglichkeiten gibt es?

Glaubwürdigkeit und Rückverfolgbarkeit sind in der ökologischen Lebensmittelproduktion elementare Fragestellungen. Zwei...

Hamburg | Wackelpeter

06.09.2017

Züchtungs und Sortentag der Bingenheimer Saatgut AG

Vortrag: Meinrad Schmitt (Terra Naturkost Handels KG): „Anforderungen des Großhandels an samenfeste Sorten“

Sortenverglei...

Blankensee | Gärtnerei Watzkendorf

10.09.2017

Tag der offenen Tür auf Hof Großholz

Ein bunter Tag für Groß & Klein zum Genießen, Amüsieren & Informieren!

Feldrundfahrten mit dem Trecker,...

Holzdorf | Hof Großholz

10.09.2017

Tag der offenen Tür auf Hof Berg

Tag der offenen Tür mit Käsereibesichtigung, Feldrundfahrt, Hofführung, Kinderprogramm, Essen und Trinken

Dannau | Hof Berg GbR

12.09.2017

Demeter Fachschulen für den Lebensmitteleinzelhandel

Die biologisch-dynamische Wirtschaftsweise unterscheidet sich grundlegend von anderen Anbau- und Verarbeitungsformen....

Horst | Hof Dannwisch

12.09.2017

Erfolgreiche Vermarktung über Bio-Abokisten

Für den Absatz und ökonomischen Erfolg eines Betriebes ist eine erfolgreiche Vermarktung entscheidend. Die Vermarktung...

Tangstedt | Gut Wulksfelde

16.09.2017

Herbstfest: Hof Dannwisch Betriebsgemeinschaft

Was gibt es im Herbst auf dem Hof Dannwisch zu entdecken? Die Führungen über den Hof geben spannende Einblicke in der...

Horst | Hof Dannwisch

23.09.2017

Zukunft säen: Hofgemeinschaft Gut Rothenhausen

Gemeinsam Verantwortung übernehmen und Zukunft säen! Treffpunkt vor dem Hofaden, mit anschließender Erntesuppe, Kaffee...

Groß Schenkenberg | Gut Rothenhausen

23.09.2017

Wulksfelder Kartoffelmarkt

Verbringen Sie einen schönen und erlebnisreichen Spätsommertag bei dem jährlichen Fest rund um die tolle Knolle! Bei...

Tangstedt | Gut Wulksfelde

28.09.2017

Hoffest auf dem Bio-Betrieb Stiftung Mensch in Meldorf

Die Besucher dürfen sich auf leckere Bioland-Galloway-Bratwurst vom Hof, kühle Getränke vom Fass und andere...

Epenwörden | STIFTUNG MENSCH

30.09.2017

Präparatetag: Gut Wulfsdorf

Erfahren und erproben Sie, wie die biologisch-dynamischen Präparate hergestellt und angewendet werden. Diese...

Ahrensburg | Gut Wulfsdorf

01.10.2017

Erntedankfest bei der Gläsernen Molkerei

Am Standort in Münchehofe findet wieder das jährliche Erntedankfest statt. Ob Toben auf der Strohburg, Melken an der...

Münchehofe | Gläserne Molkerei GmbH

01.10.2017

Hoffest auf Hof Hohlegruft

Kleiner Kunsthandwerkermarkt, Mobile Apfelpresse für mitgebrachte Äpfel, Ziegenbingo, Strohburg, Zeit zum Verweilen und...

Nehms | Hof Hohlegruft

11.10.2017

Basiswissen Ökolandbau: Pflanzenschutz, Tierwohl, Milchverarbeitung Argumente für das qualitätsorientierte Kundengespräch

Zielgruppen: Händler, Sonstige, Azubis

Veranstaltungstyp: Exkursion/ Besichtigung/ Feldrundgang/ Verkostung

Groß Schenkenberg | Hofgemeinschaft Gut Rothenhausen

Die AbL Niedersachsen/Bremen e.V. übernimmt weder eine Freistellung von Rechten Dritter noch eine Gewähr für die Aktualität, Korrektheit, Vollständigkeit oder Qualität der bereitgestellten Informationen. Haftungsansprüche gegen die AbL Niedersachsen/Bremen e.V., die sich auf Schäden materieller Art beziehen, sind grundsätzlich ausgeschlossen.

Aus rechtlichen Gründen folgende Information: Durch Auswahl eines Links verlassen Sie unseren Newsletter / unsere Website und gelangen auf die Internet-/ Website eines anderen Anbieters. Diese Seiten sind nicht Bestandteil unseres Newsletters / unserer Website. Für die Inhalte dieser Seiten sind wir nicht verantwortlich. Insbesondere auch nicht für mögliche dortige Markenschutzverletzungen. Als einen Link definieren wir hierbei grundsätzlich ALLE Hyperlinks dieser Site, bei denen sich ein NEUES Browser-Fenster öffnet!

Abbestellungen des Newsletter über: eckehard.niemann@freenet.de